



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 7

Juli 1972

Grafik des Monats: Landeshaushalt 1972

Aufsätze: Unternehmen 1970
Sozialer Wohnungsbau 1971
Körperschaften 1968
Ernten 1971

Kurzberichte: Telefon zu Hause

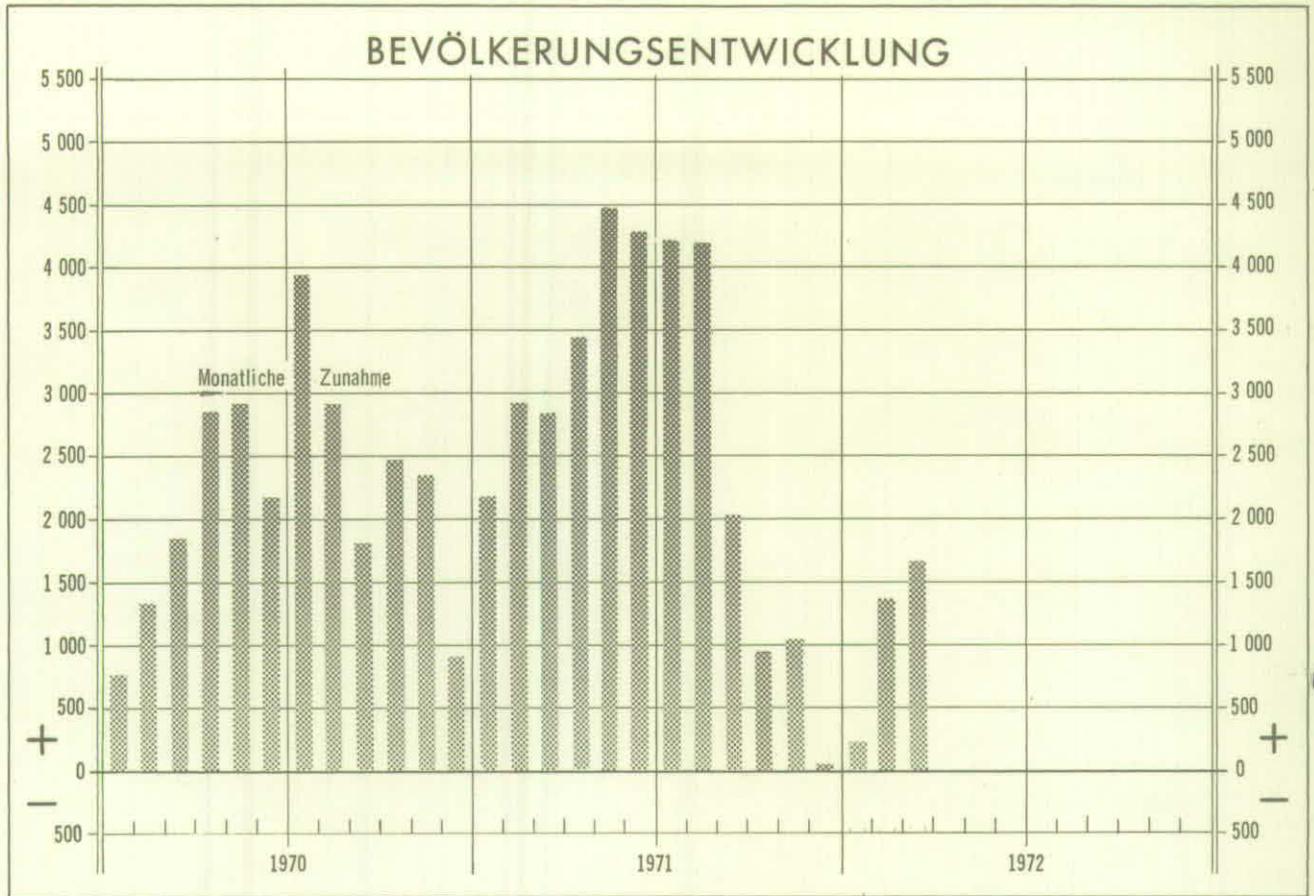
Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT

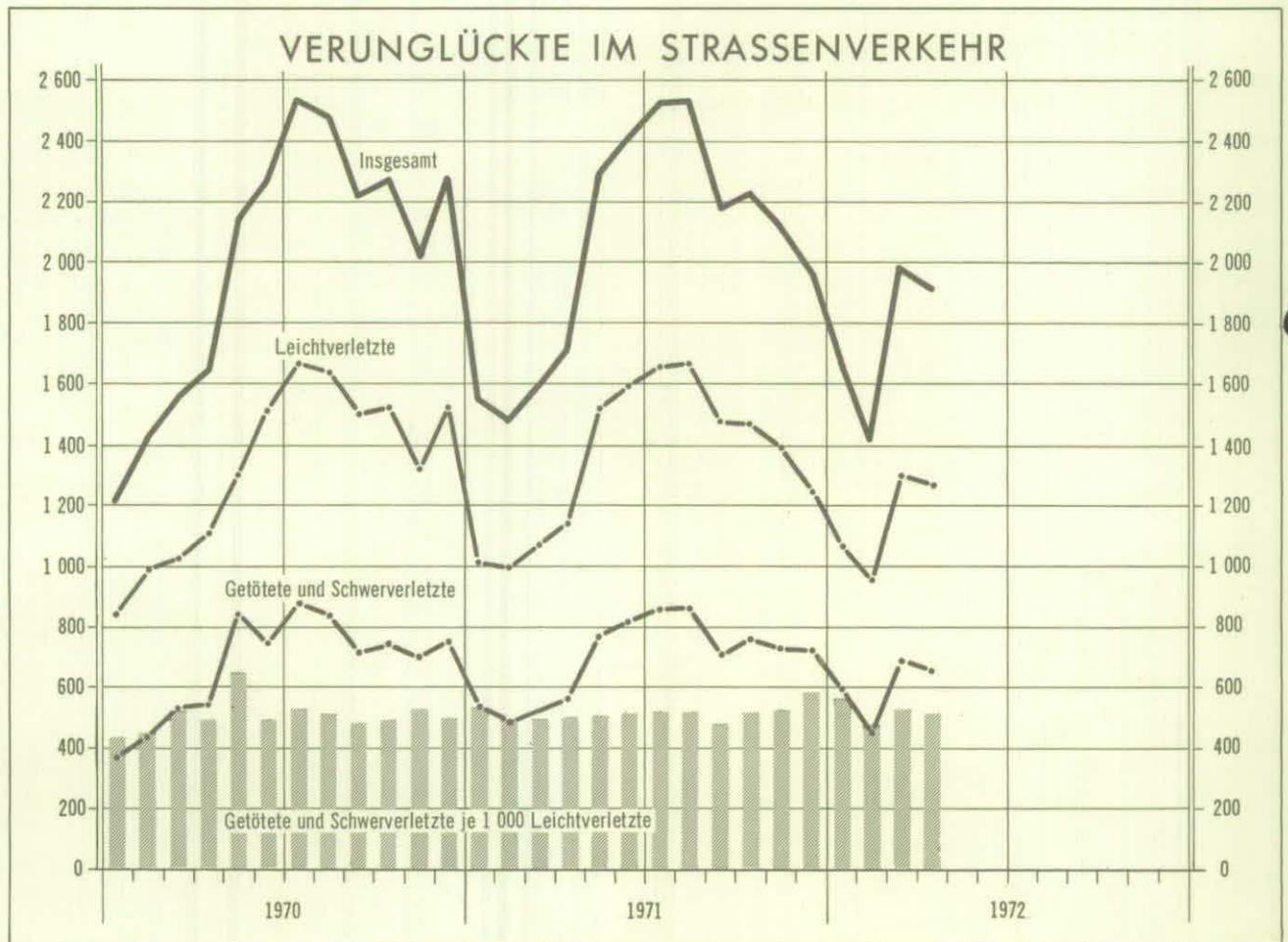


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



D - 4331



INHALT 7/72

	Seite
Aktuelle Auslese	141
Aus dem Inhalt	142
Aufsätze	
Nichtlandwirtschaftl. Unternehmen 1970	143—146
Sozialer Wohnungsbau 1971	146—148
Das Einkommen der Körperschaften und seine Besteuerung im Jahre 1968	148—156
Die Ernten 1971	157—163
Kurzberichte	
Telefon in Privathaushalten	163—164
Grafik des Monats	152—153
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 2 / 1972

Bevölkerungsentwicklung (Volkszählungen)
Wohnungen in Land und Bund
Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten

Heft 3 / 1972

Umsätze 1970
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 1)
Gemüseanbau

Heft 4 / 1972

Volkszählung und Fortschreibung
Vermögen der Haushalte
Schichtung der Einkommensteuerpflichtigen

Heft 5 / 1972

Religionszugehörigkeit der Bevölkerung
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 2)
Nord-Ostsee-Kanal 1971
Einkünfte in freien Berufen
Wohngeld 1970
Kapitalgesellschaften

Heft 6 / 1972

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 1970
Bruttoinlandsprodukt 1960—71
Außenhandel
Rechtspflegestatistiken



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

24. Jahrgang · Heft 7

Juli 1972

Aktuelle Auslese

750 000 Kraftfahrzeuge



In der Jahresmitte 1971 gab es in Schleswig-Holstein rund 750 000 Kraftfahrzeuge. Damit war die Kraftfahrzeugdichte mit 298 Fahrzeugen, darunter 247 Personenwagen, je 1 000 Einwohner höher als im Bundesdurchschnitt (293 und 246). Die Zuwachsrate insgesamt war mit 8 % nicht mehr so hoch wie im Vorjahre (10 %). Diese Zahlen überdecken nicht nur verschieden starke Entwicklungen der Kraftfahrzeugarten, sondern auch den Strukturwandel innerhalb dieser Arten. So ist die Zuwachsrate der Personenwagen überdurchschnittlich. Davon nahmen aber die Wagen bis 1 000 ccm seit 1966 von 92 000 auf 80 000 ab. Die Klasse von 1 000 bis 1 500 ccm stieg um 41 % auf 330 000. Die Zahl der noch größeren Wagen kletterte auf das 2,6fache, nämlich fast 170 000.



Erwerbsquoten 1961 und 1970

Zwischen den Volkszählungstichtagen 1961 und 1970 sank die Erwerbsquote der Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins von 43,9 % auf 41,4 %, die des männlichen Bevölkerungsteils von 61,2 % auf 57,4 % und die des weiblichen von 28,5 % auf 26,8 %.

Die Hauptursache für diese Rückgänge sind in der veränderten Altersstruktur zu sehen. Während am 6. 6. 1961 der Anteil der 15- bis 64jährigen an der Bevölkerung noch 66 % betrug, waren es am 27. 5. 1970 nur 62 %. Bezieht man die Erwerbstätigen auf diesen Altersbereich der Wohnbevölke-

rung, so ergeben sich vergleichsweise geringe Unterschiede: Bei den Männern ein Rückgang von 1,1 Prozentpunkten und bei den Frauen sogar eine Zunahme von 0,8 Prozentpunkten. Maßgebend für die Abnahme dieser männlichen Erwerbsquoten waren die gegenüber 1961 durchschnittlich längeren Ausbildungszeiten und der starke Rückgang der Beschäftigten in der Landwirtschaft, dessen Folge eine verminderte Erwerbstätigkeit der 66jährigen und Älteren war. Auch bei den Frauen führte die durchschnittlich längere Ausbildung zu deutlich niedrigeren Erwerbsquoten der jüngeren Jahrgänge, die allerdings durch gestiegene Teilnahme besonders der 35- bis 55jährigen am Berufsleben überkompensiert wurde, so daß im Endeffekt der Anteil der erwerbstätigen Frauen an der weiblichen Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter gestiegen ist.



176 Mill. DM für Sozialhilfe

Im Jahre 1971 haben die kommunalen Träger 130 Mill. DM und das Land 46 Mill. DM für die vielfältigen Aufgaben der Sozialhilfe (einschließlich Tbk-Hilfe) ausgegeben, das sind 18 % mehr als 1970. Den größten Anteil beanspruchten die "Hilfen in besonderen Lebenslagen" mit 111 Mill. DM oder 63 %, ein Drittel die "Hilfen zum Lebensunterhalt" mit 60 Mill. DM und 3 % die Tbk-Hilfe mit 5 Mill. DM. In anderer Gliederung: 93 Mill. DM für Hilfe in Anstalten, 83 Mill. DM für Hilfe außerhalb von Anstalten. Auf den Einwohner umgerechnet ergibt sich für 1971 eine Sozialhilfebelastung von 73 DM gegenüber 61 DM im Vorjahre.

Aus dem Inhalt

Unternehmen 1970

Seite 143

Der Aufsatz befaßt sich mit Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung vom 27. 5. 1970 (Volkszählungstag), aber eben mit den Unternehmen, also den rechtlich selbständigen Wirtschaftseinheiten, und nicht mit den Arbeitsstätten, den örtlichen Einrichtungen für die unternehmerische Tätigkeit. Die Zahl der Unternehmen ist gegenüber 1961 um 15 % auf 70 000 gesunken, die Zahl der in ihnen Beschäftigten um 6 % auf über 600 000 gestiegen, wobei diese Veränderungen in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen erheblich verschieden ausfielen. 87 % aller Unternehmen hatten nur eine Person als Inhaber, 5 % mehrere Personen; 2,4 % und 3 % entfielen auf die Rechtsformen der OHG und KG, und weniger als 3 % auf die Gesellschaften, Genossenschaften und sonstigen Formen. Im Vergleich zu 1961 zeigen sich starke Zunahmen bei den KG (+ 81 %) und den GmbH (+ 22 %), während sonst überall die Anzahl sank. In der Gliederung nach der Beschäftigtenzahl der Unternehmen ist festzustellen, daß einer starken Abnahme der Kleinunternehmen (1 - 4 Beschäftigte) eine leichte Zunahme bei mittleren (5 - 50) und kräftige Zunahmen bei größeren Unternehmen (ab 100 Beschäftigte) gegenüberstehen.

Sozialer Wohnungsbau 1971

Seite 146

Langfristig geht die Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus zurück. Gegenüber dem sehr geringen Ergebnis des Jahres 1970 lag die Zahl der bewilligten Wohnungen 1971 mit knapp 6 600 oder 19 % aller Baugenehmigungen wieder höher. Neben der Förderung nach dem Zweiten Wohnungsbau-gesetz laufen allerdings noch Förderungen durch befristete Aufwendungshilfen für Bezieher etwas höherer Einkommen. Insgesamt wurden so 1971 knapp 8 000 Wohnungen subventioniert. Im sozialen Wohnungsbau wurden 634 Mill. DM an Finanzierungsmitteln veranschlagt, das ist doppelt so viel wie 1970.

Körperschaften 1968

Seite 148

Die Statistik verzeichnet für 1968 fast 2 900 Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen. 2 670 davon waren zu veranlagern, bei 1 755 ergab sich ein positives Einkommen von zusammen fast 400 Mill. DM, auf das über 150 Mill. DM Körperschaftsteuer sowie 4,5 Mill. DM Ergänzungsabgabe zu entrichten waren. Bei 914 unbeschränkt Steuerpflichtigen ergab sich ein negatives Einkommen. Nach den Bestimmungen über Abschreibungen und Sondervergünstigungen verminderten 1 540 Steuerpflichtige ihren Bilanzgewinn um über 280 Mill. DM, das sind 8 % mehr als 1965. Dennoch hat die Inanspruchnahme von Sondervergünstigungen erheblich nachgelassen, auch die "Aufwendungen besonderer Art" gingen gegenüber 1965 zurück. Von den verschiedenen Veränderungen, denen der Bilanzgewinn unterliegt, bis aus ihm das zu versteuernde Einkommen entwickelt ist, sind allein die "Zuschläge" bedeutend, darunter besonders die nicht abzugsfähigen

Steuern und Abgaben. Neu ab 1968 sind angehobene Steuersätze für Kreditinstitute. Der Aufsatz schließt ab mit einer Darstellung in wirtschaftlicher Gliederung für die beiden Zählungen 1965 und 1968.

Ernten 1971

Seite 157

Zunächst wird ein Überblick über das Wetter im Vegetationsjahr 1970/71 gegeben und seine Auswirkungen auf das Wachstum beschrieben. Der Hauptteil befaßt sich dann mit Anbau und Ernte 1971. Der Getreideanbau wurde 1971 nochmals um 18 000 ha ausgedehnt, die Erträge lagen bei allen Getreidearten erheblich über denen im Vorjahr und im mehrjährigen Mittel, z. B. mit 51 dz/ha bei Winterweizen. Die Ernte errechnet sich auf fast 1,7 Mill. t, das sind 26 % mehr als 1970. Auch die Ernte an Raps und Rübsen stieg infolge vergrößerter Anbaufläche und besserer Erträge um 19 %. - Der Kartoffelanbau war 1971 wieder stark rückläufig, die Ernte lag nur bei Frühkartoffeln infolge höherer Erträge um 12% über der des Vorjahres, bei mittelfrühen und späten Kartoffeln um 24 % darunter. - Bei der Zuckerrübe fielen die Erträge sehr hoch aus, mit 398 dz/ha um 6 % höher als 1970. Entsprechend stieg auch die Ernte. - Runkelrüben wurden mehr, Kohlrüben weniger als im Vorjahr geerntet, was beides der Anbauentwicklung der letzten Jahre entspricht. - Der Futterbau hat 1971 weiterhin zugunsten der marktfähigen Früchte - insbesondere Getreide und Raps - abgenommen. Langfristig wird diese Abnahme des Futterbaus vor allem durch Steigerung der Erträge möglich. - Trotz langfristigen Rückgangs im Zwischenfruchtanbau wurden 1971 wieder um 19 % mehr angebaut als 1970, vor allem an Gründüngungszwischenfrüchten wie Lihoraps, Siletta und Lupine. - Der Gemüseanbau ging nach einem leichten Anstieg im Vorjahr 1971 wieder stark zurück, mit Ausnahme des Dauerweißkohls und Frühwirsings. Die Ernten an Rotkohl, Wirsingkohl, Möhren und Karotten, Buschbohnen und Frischerbsen lagen, z. T. bis zu einem Drittel, unter denen des Vorjahres. Vertragsanbau dominierte wieder stark bei Herbstspinat, Karotten, Frischerbsen und Buschbohnen. Unter Glas wurde 1971 mit 6,6 ha erheblich weniger angebaut als 1970 (8,7 ha). - Absatzschwierigkeiten und unzureichende Erlöse haben in Verbindung mit den staatlichen Rodeprämien zu einer starken Einschränkung des Erwerbsobstbaus, besonders bei Äpfeln, geführt. Ein Ausblick auf die Ernten 1972 schließt den Aufsatz ab.

Telefon zu Hause

Seite 163

Bei der letzten Volkszählung (1970) ist erstmals auch danach gefragt worden, ob der Haushalt Telefon hat. Bei gut einem Drittel der 913 000 Privathaushalte war das der Fall. Von Haushalten mit 4 und mehr Personen hatten 43 % und 44 % ein Telefon, die Anteile sinken dann mit Kleinerwerden der Haushalte bis auf 20 % bei denen mit einer Person. Regional gesehen gab es in den Kreisen Stormarn (48 %), Segeberg (47 %) und Flensburg-Land (46 %) die meisten Telefone, in Neumünster (28 %) die wenigsten.

Nichtlandwirtschaftliche Unternehmen 1970

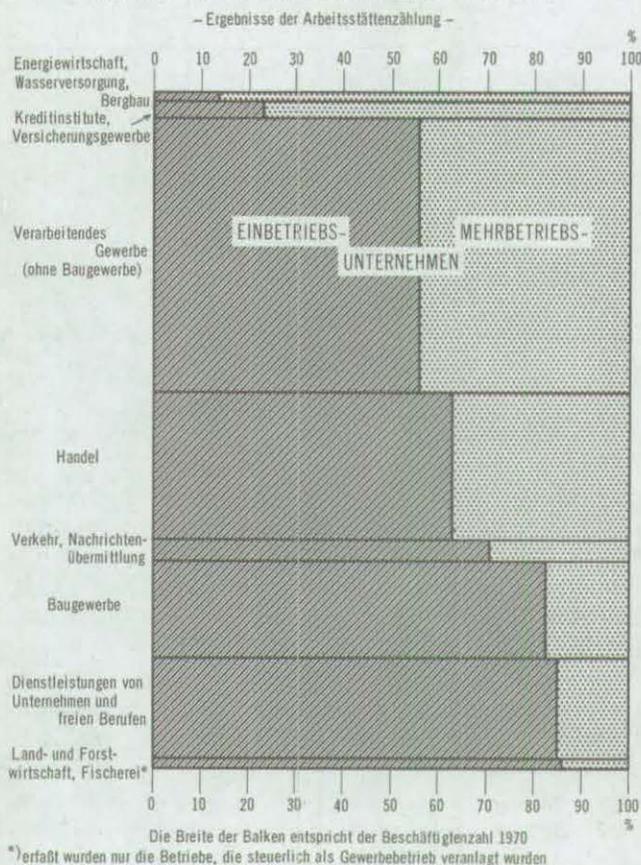
Als Unternehmen ist die rechtlich selbständige Wirtschaftseinheit anzusehen für die eine Handels- oder Steuerbilanz zu erstellen ist. Das Unternehmen ist also die organisatorische Konkretisierung ökonomischer Aktivitäten, während die Arbeitsstätte (Betrieb) den technischen Apparat für die Realisierung unternehmerischer Ziele darstellt. Die Arbeitsstätte ist strikt an die Lokalität gebunden, das Unternehmen dagegen ist in der Wahl des Unternehmenssitzes verhältnismäßig frei. Das Unternehmen ist - von Zusammenschlüssen in Konzernen etc. abgesehen - das Zentrum ökonomischer Willensbildung.

In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle besteht das Unternehmen nur aus einer Arbeitsstätte, man spricht dann von Einbetriebsunternehmen. Hier sind Unternehmen und Betrieb identisch. Im Baugewerbe (Wirtschaftsabteilung 3) sind 82,3% und im Dienstleistungsbereich (Wirtschaftsabteilung 7) 84,8% der Beschäftigten in Einbetriebsunternehmen tätig. Gehören zu einem Unternehmen mehrere örtliche Einheiten (Werke, Niederlassungen, Filialen und dergleichen), dann handelt es sich um ein Mehrbetriebsunternehmen. In der Energiewirtschaft (Wirtschaftsabteilung 1) und bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe (Wirtschaftsabteilung 6) bestimmen Mehrbetriebsunternehmen das Wirtschaftsgeschehen; auf sie entfallen 86,5% und 77,0% der Beschäftigten dieser Wirtschaftsabteilungen. Dabei können die Teile des Unternehmens alle in einem Bundesland oder in verschiedenen Ländern liegen. Im letzteren Falle hat man es mit sogenannten Mehrländerunternehmen zu tun. Bei den Mehrländerunternehmen handelt es sich meistens um größere Einheiten, die häufig wegen ihrer wirtschaftlichen Potenz eine hervorragende Rolle auf dem Markt spielen. Hier ist noch zu bemerken, daß in der Arbeitsstättenzählung die Zusammenschlüsse oberhalb der Unternehmensebene (Konzerne, Holdings) nicht erfaßt werden. Niederlassungen ausländischer Unternehmen im Bundesgebiet sind als selbständige inländische Unternehmen behandelt worden.

Die Arbeitsstätten der Gebietskörperschaften und Sozialversicherung (Wirtschaftsabteilung 9) und die der Organisationen ohne Erwerbscharakter (Wirtschaftsabteilung 8), das sind Parteien, Kirchen, Verbände u. ä., müssen bei der Darstellung unberücksichtigt bleiben, da hier aus sachlogischen Gründen keine Unternehmen möglich sind. Wirtschaftsunternehmen von Gebietskörperschaften, wie Stadtwerke, Verkehrsbetriebe, wurden dagegen nach ihrer eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit

D - 4384

Beschäftigtenanteil der Ein- und Mehrbetriebsunternehmen 1970



*erfaßt wurden nur die Betriebe, die steuerlich als Gewerbebetrieb veranlagt wurden

der entsprechenden Wirtschaftsabteilung im Unternehmenssektor zugeordnet.

Unternehmen nach Wirtschaftsabteilungen

Am 27. 5. 1970 gab es in Schleswig-Holstein 69 800 nichtlandwirtschaftliche Unternehmen, das sind rund 12 600 oder 15,3% weniger als neun Jahre zuvor bei der vorangegangenen Arbeitsstättenzählung (6. 6. 1961). Sie hatten etwas mehr als 608 000 Beschäftigte oder 6% mehr als 1961.

Die Zahl der Unternehmen ist in allen Wirtschaftsabteilungen zurückgegangen, am stärksten in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung, wo es rund ein Drittel weniger Unternehmen als 1961 sind. Gleichzeitig ist die Beschäftigtenzahl dort um etwa ein Fünftel gewachsen. Bei den Arbeitsstätten dieser Wirtschaftsabteilung verlief die Entwicklung umgekehrt; die Zahl der örtlichen Einheiten (Arbeitsstätten) ist um 1,2% angestiegen, während die Beschäftigtenzahl um fast 6% zurückging. Die gegenläufige Entwicklung bei den Beschäftigten dürfte in erster Linie eine Folge der stattgefundenen Unternehmenskonzentration sein. Die Unternehmen

Nichtlandwirtschaftliche Unternehmen 1961 und 1970

Wirtschaftsabteilung	Unternehmen am 6. 6. 1961		Unternehmen am 27. 5. 1970		Veränderung in %	
	Anzahl	Beschäftigte	Anzahl	Beschäftigte	Zahl der Unternehmen	Beschäftigte
0 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ¹	2 796	7 673	1 982	7 966	- 29,1	+ 3,8
1 Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	152	6 954	102	8 387	- 32,9	+ 20,6
2 Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	16 911	218 503	13 189	246 828	- 22,0	+ 13,0
3 Baugewerbe	6 391	86 226	6 182	86 754	- 3,3	+ 0,6
4 Handel	30 460	137 026	23 479	132 837	- 22,9	- 3,1
5 Verkehr, Nachrichtenübermittlung	3 807	22 323	3 040	19 612	- 20,1	- 12,1
6 Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1 549	12 612	1 519	15 504	- 1,9	+ 22,9
7 Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	20 427	82 128	20 350	90 221	- 0,4	+ 9,9
0 - 7 Zusammen	82 493	573 445	69 843	608 109	- 15,3	+ 6,0

¹⁾ diese Unternehmen sind nur einbezogen, wenn sie steuerlich als Gewerbebetrieb veranlagt wurden

werden für die Statistik derjenigen Wirtschaftsabteilung zugeordnet, in der ihr Schwerpunkt liegt. Ein Beispiel soll den Prozeß seit 1961 veranschaulichen: 1961 hat es in einer Stadt je ein Stromversorgungs- und Verkehrsunternehmen gegeben; 1970 waren beide fusioniert, wobei der Schwerpunkt des neuen Unternehmens in der Stromversorgung liegt. Folglich ist die Beschäftigtenzahl in der Wirtschaftsabteilung 1 erheblich gestiegen, ohne daß sich das örtliche Angebot an Strom und Verkehrsleistungen geändert haben muß.

Beachtlich ist ferner die Tatsache, daß etwa zweieinhalb mal soviel Arbeitsstätten wie Unternehmen vorhanden sind. Dieses Zahlenverhältnis läßt den Schluß zu, daß Mehrbetriebsunternehmen hier häufiger als in anderen Wirtschaftsabteilungen vorkommen. Ähnliche Verhältnisse gibt es bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe, wo über 2 700 Arbeitsstätten, aber nur rund 1 500 Unternehmen gezählt wurden. In der Wirtschaftsabteilung "Verkehr und Nachrichtenübermittlung" ist die Zahl der Unternehmen ebenfalls erheblich geringer als die Zahl der Arbeitsstätten, das hängt mit den vielen Arbeitsstätten von Bundesbahn und Bundespost zusammen, denn beide Institutionen wurden jeweils als ein Unternehmen, aber mit Sitz außerhalb des Landes Schleswig-Holstein behandelt, sind also in der obigen Tabelle nicht enthalten. Im Baugewerbe sind demgegenüber Einbetriebsunternehmen vorherrschend, wie aus der Zahl von 6 368 baugewerblichen Arbeitsstätten gegen 6 182 baugewerblichen Unternehmen hervorgeht. Sowohl bei der Darstellung nach Arbeitsstätten als auch nach Unternehmen wurde der größte Beschäftigtenzuwachs bei den Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe festgestellt. Der Beschäftigtenzuwachs bei den örtlichen Ein-

heiten (Arbeitsstätten) war hier mit fast 37% deutlich größer als bei den Unternehmen (+ 23%). Die Geschäftsexpansion im Banksektor muß also zu einem erheblichen Teil auf Entscheidungen von Unternehmensleistungen mit Sitz außerhalb des Landes zurückgehen. Hierin liegt eine gewisse Problematik für die Wirtschaftsentwicklung einer Region. Sie besteht darin, daß in konjunkturellen Wechsel-lagen oder im Zuge von Strukturwandlungen Entscheidungen über Arbeitsplätze weitab vom Ort des Geschehens getroffen werden.

Rechtsform der Unternehmen

Die Haftung gegenüber Dritten, wie sie in der Rechtsform, unter der ein Unternehmen betrieben wird, zum Ausdruck kommt, ist ein Merkmal, das ausschließlic mit dem Unternehmensbegriff verbunden ist. Man unterscheidet üblicherweise zwei große Gruppen: einmal die mehr personenbezogenen Rechtsformen, zum anderen die mehr kapitalbezogenen Rechtsformen. Am einfachsten und durchsichtigsten sind die Haftungsverhältnisse, wenn nur eine Person als Inhaber eines Unternehmens am Wirtschaftsleben teilnimmt. Nahezu 87 von 100 Unternehmen hatten 1970 nur einen Inhaber. Diese Unternehmen sind - von der Beschäftigtenzahl gesehen - verhältnismäßig klein, denn ihr Anteil an den Beschäftigten aller nichtlandwirtschaftlichen Unternehmen betrug nur wenig über 45%. Im Durchschnitt hatten sie etwa 4,5 Beschäftigte. Zum Vergleich der Größenverhältnisse sei hier schon vermerkt, daß die schleswig-holsteinischen Aktiengesellschaften im Durchschnitt 665 Beschäftigte aufwiesen. Die Bedeutung der Unternehmen mit nur einem Inhaber ist zudem seit 1961 erheblich zurückgegangen. Der Bedeutungsschwund läßt sich allerdings quantitativ nicht darstellen,

Unternehmen und Beschäftigte nach der Rechtsform 1961 und 1970

Rechtsform	6. 6. 1961	27. 5. 1970		Veränderung gegen 6. 6. 1961	
	Anzahl	Anzahl	%	absolut	%
Unternehmen					
Nur 1 Person als Inhaber	} 77 193	60 592	86,8	} - 12 929	- 16,7
Mehrere Personen als Inhaber		3 672	5,3		
OHG	1 944	1 675	2,4	- 269	- 13,8
KG	1 153	2 085	3,0	+ 932	+ 80,8
GmbH	642	782	1,1	+ 140	+ 21,8
AG bzw. KGaA	67	50	0,1	- 17	- 25,4
Eingetragene Genossenschaft	1 105	684	1,0	- 421	- 38,1
Sonstige private Rechtsform	152	134	0,2	- 18	- 11,8
Körperschaft/Anstalt/Stiftung des öffentlichen Rechts	237	169	0,2	- 68	- 28,7
Insgesamt	82 493	69 843	100	- 12 650	- 15,3
Beschäftigte					
Nur 1 Person als Inhaber	} 342 166	274 888	45,2	} - 41 991	- 12,3
Mehrere Personen als Inhaber		25 287	4,2		
OHG	45 446	45 973	7,6	+ 527	+ 1,2
KG	62 141	116 655	19,2	+ 54 514	+ 87,7
GmbH	62 825	80 186	13,2	+ 17 361	+ 27,6
AG bzw. KGaA	31 122	33 228	5,5	+ 2 106	+ 6,8
Eingetragene Genossenschaft	12 274	14 739	2,4	+ 2 465	+ 20,1
Sonstige private Rechtsform	4 199	3 165	0,5	- 1 034	- 24,6
Körperschaft/Anstalt/Stiftung des öffentlichen Rechts	13 272	13 988	2,3	+ 716	+ 5,4
Insgesamt	573 445	608 109	100	+ 34 664	+ 6,0

da 1961 noch keine Unterscheidung der Unternehmen mit einem Inhaber von denen mit mehreren Personen als Inhaber vorgenommen worden ist. Ein Vergleich ist nur für beide Gruppen zusammen möglich. Dabei ergibt sich, daß seit 1961 per Saldo fast 13 000 Unternehmen (16,7%) mit einer oder mehreren Personen als Inhaber aufgegeben wurden, ihr Beschäftigtenanteil sank von 59,7% (1961) auf 49,4% am 27. 5. 1970. Zunehmender Beliebtheit erfreut sich offensichtlich die Kommanditgesellschaft. Die Zahl der Unternehmen, die unter dieser Rechtsform betrieben werden, hat sich seit 1961 um gut 80% vermehrt, ihr Beschäftigtenanteil erhöhte sich von knapp 11% im Jahre 1961 auf nunmehr 19,2%. Die kräftige Expansion der Kommanditgesellschaften zeigt sich auch in dem weit überdurchschnittlichen Zuwachs an Beschäftigten, der fast 88% erreichte.

Zugenommen haben auch die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), und zwar um reichlich ein Fünftel, wenn man die Zahl der Unternehmen, und um fast 28%, wenn man die Beschäftigten zugrunde legt. Bei den schleswig-holsteinischen Aktiengesellschaften hat sich der Bestand um etwa ein Viertel auf nunmehr 50 reduziert, ihre Beschäftigtenzahl

hat sich, etwa wie im gesamten Durchschnitt um 6,8% von rund 31 100 auf 33 200 Personen erhöht. Der größte relative Rückgang (- 38%) ist bei den eingetragenen Genossenschaften eingetreten. Die Auflösung kleiner - meist ländlicher - Genossenschaften oder ihre Zusammenlegung zu größeren hat eine beträchtliche Konzentrationswirkung gehabt. Mit der um 20% höheren Beschäftigtenzahl gegenüber 1961 wuchs die "Durchschnittsgenossenschaft" auf fast das Doppelte an Beschäftigten, nämlich von rund 11 auf beinahe 22 Beschäftigte. Zu erwähnen ist noch, daß die offene Handelsgesellschaft ihre Stellung etwa beibehalten hat.

Unternehmen nach der Beschäftigtengrößenklasse

Auch bei den nichtlandwirtschaftlichen Unternehmen ist, wie bei den Arbeitsstätten, der Trend zu größeren Wirtschaftseinheiten unverkennbar. Die Zahl der Unternehmen ist - abgesehen von der einen Ausnahme in der Größenklasse 50 - 99 Beschäftigte - ausschließlich im Bereich der Kleinunternehmen (bis einschließlich 4 Beschäftigte) gesunken. Die kleinsten Unternehmen (1 Beschäftigter) verloren fast ein Drittel ihres Bestandes, in der nächstfolgenden Größenklasse (2 - 4 Be-

Die Unternehmen und ihre Beschäftigten 1961 und 1970
nach Beschäftigtengrößenklassen

Unternehmen mit ... Beschäftigten	6.6.1961	27.5.1970	Veränderung	
			absolut	in %
Unternehmen				
1	26 019	17 691	- 8 328	- 32,0
2 - 4	36 043	31 298	- 4 745	- 13,2
5 - 9	12 108	12 158	+ 50	+ 0,4
10 - 19	4 577	4 815	+ 238	+ 5,2
20 - 49	2 334	2 401	+ 67	+ 2,9
50 - 99	821	787	- 34	- 4,1
100 - 199	345	402	+ 57	+ 16,5
200 - 499	178	200	+ 22	+ 12,4
500 und mehr	68	91	+ 23	+ 33,8
Insgesamt	82 493	69 843	- 12 650	- 15,3
Beschäftigte				
1	26 019	17 691	- 8 328	- 32,0
2 - 4	95 197	83 827	- 11 370	- 11,9
5 - 9	77 254	78 040	+ 786	+ 1,0
10 - 19	60 155	63 453	+ 3 298	+ 5,5
20 - 49	69 613	72 622	+ 3 009	+ 4,3
50 - 99	56 608	54 619	- 1 989	- 3,5
100 - 199	47 189	55 888	+ 8 699	+ 18,4
200 - 499	52 322	60 311	+ 7 989	+ 15,3
500 und mehr	89 088	121 658	+ 32 570	+ 36,6
Insgesamt	573 445	608 109	+ 34 664	+ 6,0

schäftigte) ging der Bestand um gut 13% zurück. Um etwa die gleichen Anteile verringerten sich auch die Beschäftigtenzahlen.

Dem großen Rückgang an Kleinunternehmen und einer schwachen Zunahme in den mittleren Größenklassen steht ein überaus kräftiger Zuwachs bei den größeren Unternehmen (ab 100 Beschäftigte) gegenüber. Die Zahl der großen Unternehmen (500 und mehr Beschäftigte) vermehrte sich um etwa ein Drittel, ihre Beschäftigtenzahl nahm um fast 37% zu.

Über die Unterschiede in der Größenstruktur der verschiedenen Wirtschaftsabteilungen des Unternehmenssektors sind quantitative Aussagen nur an Hand des Merkmals "Beschäftigte" möglich. Da hier nur eine konzentrierte Information gegeben werden soll - ausführliche Ergebnisse nach Größenklassen bis zu den

Wirtschaftsgruppen sind dem Tabellenteil des Quellenwerks zur Arbeitsstättenzählung 1970 zu entnehmen - sind die Beschäftigtenanteile der Unternehmen ab 100 Beschäftigte als Maßstab für die Strukturunterschiede der einzelnen Wirtschaftsabteilungen genommen. Danach liegt das Gewicht der großen Unternehmen zwischen nahezu 80% der Beschäftigten in der Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau (Wirtschaftsabteilung 1) und knapp 11% in den privaten Dienstleistungen (Wirtschaftsabteilung 7) sowie in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (das ist der Rest aus der Wirtschaftsabteilung 0, der im wesentlichen gewerbliche Dienstleistungen für die land- und forstwirtschaftliche Erzeugerstufe anbietet). Nach dem Beschäftigtenanteil der Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten geordnet ergibt sich nachstehende Rangfolge:

Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	79,4 %
Verarbeitendes Gewerbe	60,0 %
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	53,1 %
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	31,7 %
Baugewerbe	28,1 %
Handel	25,4 %
Private Dienstleistungen	10,7 %
Rest aus Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	10,6 %

Zu ergänzen ist noch, daß ein "Durchschnittsunternehmen" in der Energiewirtschaft etwa 82 Beschäftigte hat, während das durchschnittliche Unternehmen in den privaten Dienstleistungen nur 4 Beschäftigte aufweist. Im verarbeitenden Gewerbe liegt der Durchschnitt bei 19 und im Baugewerbe bei 14 Beschäftigten. Rund drei Viertel aller Unternehmen im privaten Dienstleistungssektor (Wirtschaftsabteilung 7) haben weniger als 5 Beschäftigte (einschließlich Inhaber), der Anteil an allen Beschäftigten dieser Wirtschaftsabteilung beläuft sich auf rund 37%. Im verarbeitenden Gewerbe sind demgegenüber nur 6,5% der Beschäftigten in Unternehmen dieser Größenklasse tätig.

Siedfried Schwarz

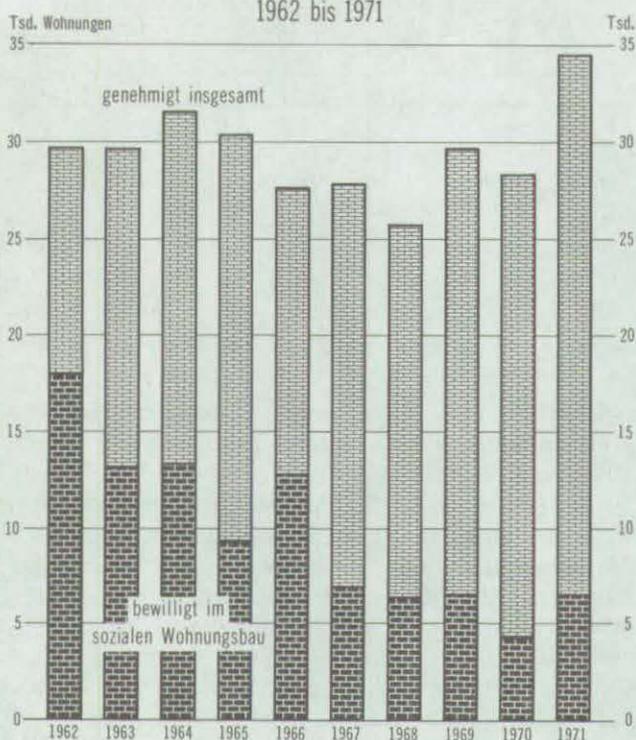
Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht D/Arbeitsstättenzählung 1970 enthalten

Sozialer Wohnungsbau 1971

Der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau hat im Jahre 1971 im Unterschied zum Jahr 1970 wieder das Niveau der Jahre 1967 bis 1969 erreicht. Insgesamt wurden 1971 für 6 587 Sozialwohnungen Bewilligungen erteilt, das sind 2 345 oder 55% mehr als 1970. Trotzdem geht die Bedeutung des sozialen Wohnungsbaues zurück. Waren im Durchschnitt der fünf Jahre von 1962 bis 1966 jährlich noch

rund 13 300 Sozialwohnungen bewilligt worden, so waren es im Durchschnitt der letzten fünf Jahre nur noch rund 6 100, obwohl das durchschnittliche jährliche Gesamtvolumen der Baugenehmigungen mit rund 29 800 im Zeitraum 1962 bis 1966 und rund 29 200 in den folgenden fünf Jahren nahezu gleich groß war. Von der einen Fünfjahresperiode zur anderen ist der Anteil des sozialen Wohnungsbaues

Baugenehmigungen insgesamt und Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau 1962 bis 1971



an den Baugenehmigungen damit von 45% auf 21% zurückgegangen. Im Jahre 1971 betrug sein Anteil 19%.

Bei dieser Entwicklung der Wohnungsbauförderung ist aber zu berücksichtigen, daß auf Grund des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung vom 1. September 1965 (§ 88) außerhalb des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues zusätzlich Wohnungen mit direkten staatlichen Hilfen begünstigt werden können. Dieser sogenannte zweite Förderungsweg ermöglicht es, auch für Bezieher von etwas höherem Einkommen mit befristeten Aufwendungshilfen den Wohnungsbau zu fördern. Im Jahre 1971 wurde in Schleswig-Holstein auf diese Weise der Bau von 1 297 Wohnungen begünstigt, das sind etwas mehr als die 1 152 Wohnungen im Jahre 1970. Faßt man beide Förderungsarten zusammen, dann wurden 1971 knapp 8 000 Wohnungen gegenüber rund 5 400 Wohnungen im Jahre 1970 subventioniert. Auf den zweiten Förderungsweg entfielen demnach 1971 16% aller geförderten Wohnungen, während dieser Anteil 1970 sogar 21% betragen hatte.

Im sozialen Wohnungsbau wurden 1971 insgesamt 634 Mill. DM an Finanzierungsmitteln veranschlagt, und zwar 419 Mill. DM für vollgeförderte reine Wohnbauten und 215 Mill. DM für sonstige Wohnbauten und sonstige Gebäude. Das sind mehr als doppelt soviel Mittel wie 1970. Die Finanzierungsmittel stammten 1971 zu 44% vom Kapitalmarkt und zu 31% von der

Jahr	Geförderte Wohnungen insgesamt	Vollgeförderte reine Wohnbauten				
		geförderte Wohnungen		Wohnungen auf 10 000 Einwohner	veranschlagte Finanzierungsmittel	
		Anzahl	%		insges. Mill. DM	DM je Einw.
1962	18 000	16 289	90	69	596	254
1963	13 123	11 530	88	49	467	197
1964	13 398	12 525	93	52	573	238
1965	9 335	8 728	93	36	433	177
1966	12 839	12 425	97	50	623	252
1967	6 956	6 352	91	25	335	134
1968	6 358	5 968	94	24	318	126
1969	6 507	5 373	83	21	324	127
1970	4 242	3 509	83	14	238	93
1971	6 587	5 081	77	20	419	165

öffentlichen Hand. Zu den öffentlichen Mitteln zählen die aus öffentlichen Haushalten sowie aus den Lastenausgleichsfonds gegebenen Förderungsmittel im Sinne der Wohnungsbau-gesetze. Weitere Finanzierungsmittel sind neben dem Eigenkapital vor allem noch die als Ersatz für fehlendes Eigenkapital gegebenen Finanzierungshilfen aus Lastenausgleichsmitteln (Aufbaudarlehen) und anderen öffentlichen Haushalten.

Bei den vollgeförderten reinen Wohnbauten wurden 1971 76% mehr Finanzierungsmittel veranschlagt als 1970, während sich die Zahl der geförderten Wohnungen nur um 45% erhöhte. Damit sind die Kosten je Wohnung erheblich gestiegen; genügten 1970 noch knapp 68 000 DM, so wurde 1971 bereits mit rund 82 500 DM gerechnet. In dieser Erhöhung um 22% innerhalb eines Jahres kommen neben der Preisentwicklung auf den Bau- und Grundstücksmärkten die Veränderung in der Konstruktion, Ausführung und Ausstattung der Gebäude zum Ausdruck. Von den rund 82 500 DM Finanzierungsmittel je Wohnung in vollgeförderten reinen Wohnbauten waren 36% öffentliche Mittel, während der Anteil des Eigenkapitals nur 18% beträgt.

Bei den vollgeförderten reinen Wohnbauten entsprechen die veranschlagten Finanzierungsmittel den geplanten Gesamtherstellungskosten. Man erhält also neben der Herkunft der Finanzierungsmittel auch Auskunft über ihre Verwendung. Der Anteil der reinen Baukosten belief sich danach 1971 auf 71%. Auf Erwerb und Erschließung des Baugrundstücks entfielen 11%. Anders ausgedrückt mußten für jeden erschlossenen Quadratmeter Grundstücksfläche im Durchschnitt knapp 25 DM aufgewendet werden, und zwar bei Grundstücken für Mehrfamilienhäuser knapp 50 DM, für Ein- und Zweifamilienhäuser gut 19 DM und für Kleinsiedlerstellen knapp 17 DM. Für die Außenanlagen wurden 4% der Finanzierungsmittel

veranschlagt. Außerdem entstehen noch Baunebenkosten und sonstige Kosten, zu denen in erster Linie die Kosten der Architekten-, Verwaltungs- und Behördenleistungen sowie Kosten der Beschaffung der Finanzierungsmittel gehören.

Von den 5 081 bewilligten Wohnungen in vollgeforderten reinen Wohnbauten sollen 70% vier und mehr Räume umfassen und nur 14% sollen ausgesprochene Kleinwohnungen mit ein bis zwei Räumen werden. Zu den Räumen einer Wohnung wird auch die Küche gezählt. Räume mit weniger als 6 qm Wohnfläche werden nicht mitgezählt. Durch den hohen Anteil der Wohnungen mit mindestens sechs Räumen (20%) wird unterstrichen, daß besonders im sozialen Wohnungsbau die großen Wohnungen Vorrang haben. Das liegt vor allem darin begründet, daß auch kinderreiche Familien, das sind Familien mit mindestens drei Kindern, Sozialwohnungen erhalten. So sind 57% der Wohnungen mit sechs und mehr Räumen für kinderreiche Familien vorgesehen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang ferner, daß sich auch im sozialen Wohnungsbau die Hochhäuser immer mehr durchsetzen, denn von den 1971 bewilligten Sozialwohnungen wird etwa jede fünfte Wohnung in einem Gebäude mit acht und mehr Vollgeschossen liegen.

Auf Grund der bereits erwähnten Kostensteigerungen haben sich auch die Mieten im sozialen Wohnungsbau erhöht. In die Mietpreisbetrachtung gehen nur die Mietwohnungen in

Wohnungen in vollgeforderten reinen Mehrfamilienhäusern nach Mietpreisklassen

Monatliche Miete in DM je qm Wohnfläche	1969		1970		1971	
	Woh- nungen	%	Woh- nungen	%	Woh- nungen	%
unter 2,90	90	2,7	166	7,8	-	-
2,90 bis unter 3,10	2 552	77,0	703	33,2	-	-
3,10 " " 3,30	657	19,8	561	26,5	-	-
3,30 " " 3,50	15	0,5	514	24,3	54	1,8
3,50 " " 3,70	-	-	95	4,5	1 325	43,9
3,70 " " 3,90	-	-	71	3,4	1 110	36,7
3,90 und mehr	-	-	8	0,4	532	17,6

vollgeforderten Mehrfamilienhäusern ein, die sich in Schleswig-Holstein 1970 auf 2 118 und 1971 auf 3 021 beliefen. 1971 waren unter 3,30 DM monatliche Miete je Quadratmeter Wohnfläche keine Neubauwohnungen im sozialen Wohnungsbau zu erstellen. 1970 blieben dagegen noch 68% der Wohnungen unter der Mietpreisklasse von 3,30 DM je Quadratmeter, und für jede dritte Wohnung wurde eine Quadratmetermiete von 2,90 DM bis unter 3,10 DM veranschlagt. 1971 wurde bei 81% der Mietwohnungen mit einer Miete von 3,50 DM bis unter 3,90 DM kalkuliert. 3,90 DM und mehr wurde aber bereits für 18% der Wohnungen verlangt, während dies 1970 nur bei 0,4% der Wohnungen der Fall war.

Peter Möller

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht F II 5 enthalten

Das Einkommen der Körperschaften und seine Besteuerung im Jahre 1968

Ergebnis der Körperschaftsteuerstatistik

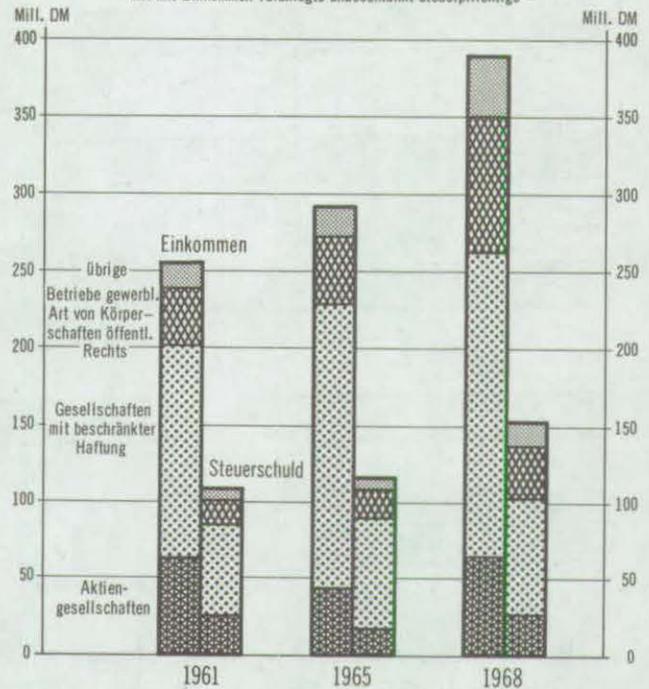
Durch die Körperschaftsteuerstatistik 1968 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 2 871 Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen erfaßt. Nach den Meldungen der Finanzämter waren 2 669 Steuerpflichtige zu veranlagern, während in 202 Fällen die Veranlagung wegen der geringen Höhe des Einkommens unterblieb (Nv-Fälle). Bei 1 755 Körperschaften führte die Veranlagung zu einem positiven Einkommen von insgesamt 391,6 Mill. DM, worauf eine Körperschaftsteuer in Höhe von 153,2 Mill. DM zu entrichten war. Außerdem mußten 4,5 Mill. DM Ergänzungsabgabe an die Finanzämter abgeführt werden. Das entspricht (ohne Berücksichtigung der Ergänzungsabgabe) einem durchschnittlichen Steuersatz von 39,1% je Steuerbelasteten. Im Vergleich zu 1965, dem Erhebungsjahr der vorletzten Körperschaft-

steuerstatistik, hat sich somit die Zahl der Steuerbelasteten um 3% und ihr Einkommen um 34% erhöht, während die Steuerschuld um 31% zunahm. Die steuerliche Belastung des Einkommens der mit Einkommen veranlagten Körperschaften hat sich gegenüber dem Ergebnis von 1965 geringfügig ermäßigt, wenn man die Ergänzungsabgabe außer Betracht läßt; damals hatte der durchschnittliche Steuersatz noch 39,8% des Einkommens betragen. Unter Einbeziehung der Ergänzungsabgabe, die erstmals seit dem Kalenderjahr 1968 erhoben wird, berechnet sich dagegen eine durchschnittliche Steuerlastquote von 40,3% im letzten Berichtsjahr.

Die Organgesellschaften wurden in der Körperschaftsteuerstatistik 1968 mit dem ihnen nach Erfüllung satzungsgemäßer oder öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen verbleibenden Ein-

Einkommen und Steuerschuld der Körperschaften nach der Rechtsform

- nur mit Einkommen veranlagte unbeschränkt Steuerpflichtige -



Art der Steuerpflicht	Anzahl	Gesamt- betrag der Ein- künfte			Ein- kommen			Steuer- schuld		
		In 1000 DM	In 1000 DM	In 1000 DM	In 1000 DM	In 1000 DM	In 1000 DM			
Unbeschränkt Steuerpflichtige nach dem Einkommen besteuert	1 688	396 676	391 162	152 947						
darunter Organtöchter mit Pauschbesteuerung	165	10 583	10 034	4 799						
	57	.	.	75						
Beschränkt Steuerpflichtige nach dem Einkommen besteuert	10	390	390	191						
Steuerbelastete	1 755	397 066	391 552	153 213						
außerdem Verlustfälle ¹	914	- 74 532	- 308 263	1						
darunter Organtöchter	43	- 404	- 10 184	-						
Nv-Fälle	202	.	.	.						
Veränderung gegenüber 1965 in %										
Unbeschränkt Steuerpflichtige nach dem Einkommen besteuert	+ 3	+ 34	+ 34	+ 31						
darunter Organtöchter mit Pauschbesteuerung	+ 26	- 66	- 68	- 67						
	+ 4	.	.	+ 341						
Beschränkt Steuerpflichtige nach dem Einkommen besteuert	+ 11	+ 106	+ 106	+ 105						
Steuerbelastete	+ 3	+ 34	+ 34	+ 31						
außerdem Verlustfälle ¹	+ 25	+ 32	+ 105	- 99						
darunter Organtöchter	+ 16	.	+ 68	-						
Nv-Fälle	- 63	.	.	.						

1) Nur unbeschränkt Steuerpflichtige; die beschränkt Steuerpflichtigen wurden nicht erfaßt

kommen und der darauf zu entrichtenden Steuerschuld erfaßt. Sie sind, sofern nichts anderes vermerkt ist, wegen ihrer geringen Anzahl mit den Angaben der übrigen Steuerpflichtigen zusammengefaßt dargestellt. Die Ausgliederung als Darunterposten in der Tabelle oben erlaubt es, außerdem die besondere Einkommensentwicklung dieser wirtschaftlich, finanziell und organisatorisch abhängigen Gesellschaften besonders zu verfolgen.

Die Zahl der mit Einkommen veranlagten unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtigen Organtöchter lag im Jahre 1968 um ein Viertel höher als 1965. Es wurden 165 Steuerpflichtige erfaßt. Ihr Einkommen belief sich auf 10,0 Mill. DM. Die Einkommenssituation der Unternehmen ist unter dem besonderen Aspekt der Gewinnabführungspflichten zu betrachten. Dem Leser der Tabelle oben fällt auf, daß sowohl der Gesamtbetrag der Einkünfte wie auch das Einkommen der Organtöchter trotz der gestiegenen Zahl der Gesellschaften um etwa zwei Drittel abgenommen hat. Entsprechendes gilt für die Steuerschuld.

Im Pauschverfahren wurden 57 Körperschaften, Personenvereinigungen oder Ver-

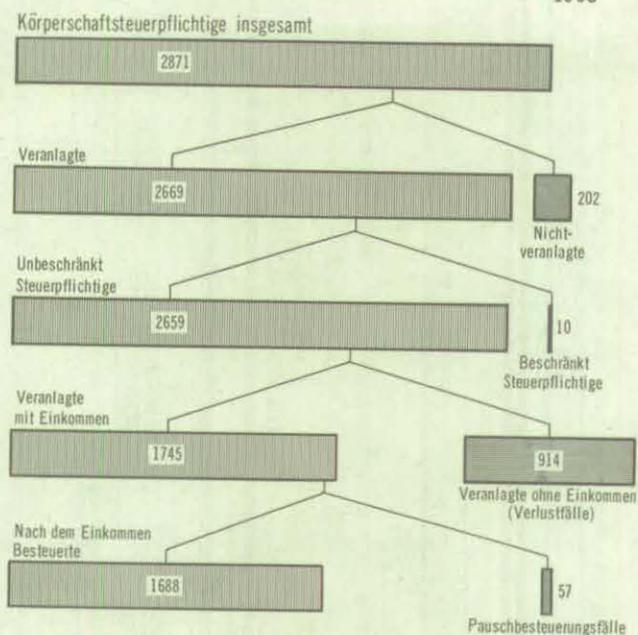
mögensmassen mit Körperschaftsteuer belegt. Über das Einkommen dieser Gesellschaften liegen Angaben nicht vor, da die Finanzämter auf die Berechnung wegen des unverhältnismäßig hohen Aufwandes und der offensichtlichen Geringfügigkeit des Betrages verzichtet haben. Insgesamt betrug die Steuerschuld nur 75 000 DM; das sind je Steuerpflichtigen nur etwa 1 300 DM.

10 steuerbelastete Körperschaften waren im Jahre 1968 beschränkt steuerpflichtig. Hierbei handelt es sich um Unternehmen, die weder ihre Geschäftsleitung noch ihren Sitz im Inland haben. Sie sind nur mit ihren inländischen Einkünften steuerpflichtig. Es wurde ein Einkommen von 390 000 DM ermittelt; die Steuerschuld wurde mit 191 000 DM festgesetzt. Die beschränkt Steuerpflichtigen waren überwiegend Kapitalgesellschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen dänischen Rechtes.

Bei 914 unbeschränkt Steuerpflichtigen ergab die Veranlagung ein negatives Einkommen. Die Zahl dieser Verlustfälle ist seit 1965 um etwa ein Viertel gestiegen. Das negative Einkommen erhöhte sich sogar auf das Doppelte. Insgesamt wurden 308 Mill. DM Verlust ausgewiesen. Der Anteil der Verlustfälle an der Gesamtzahl aller veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen hat im Berichtszeitraum um 3 Punkte auf 34% zugenommen. Von der Höhe des Verlustes, der nunmehr bereits fast 80% des veranlagten Einkommens

Zusammensetzung der Körperschaftsteuerpflichtigen

1968



ausmacht, sollte der Leser nicht auf die wirtschaftliche Situation der hier erfaßten Unternehmen schließen. Es handelt sich hierbei nicht um Verluste aufgrund kaufmännischer Buchführung, sondern um Abschreibungsmöglichkeiten, die das Steuerrecht einräumt. Die von der Statistik ermittelten Einkommen sind aber rein steuerliche Werte. Sie sind keineswegs mit dem wirtschaftlichen Gewinn identisch. Höhere Verluste des steuerlichen Einkommens lassen nur den Schluß zu, daß die Möglichkeiten des Steuerrechts, Vergünstigungen durch Abzug von Beträgen vom steuerlichen Einkommen oder bereits vom Gewinn zu erlangen, von den Unternehmen in verstärktem Umfang in Anspruch genommen worden sind.

Das Steuerrecht erlaubt auch, daß diese Absetzungen, falls sie nicht im laufenden Kalenderjahr ausgeschöpft werden können, in Form von vorgetragenen Verlusten in die folgenden Veranlagungszeiträume übernommen werden dürfen. Die hohen Verluste im Kalenderjahr 1968 beruhen nachweislich überwiegend nicht auf Abschlägen, die in diesem Jahre erstmals geltend gemacht worden sind; sie sind vielmehr durch die hohen Verlustabzüge aus den Vorjahren entstanden. In dem negativen Einkommen von 308 Mill. DM sind allein 234 Mill. DM enthalten, die aus Verlusten der Vorjahre übertragen worden sind.

Abschreibungen, Sondervergünstigungen und Aufwendungen

Ausgangsgröße für die Berechnung des zu versteuernden Einkommens der Körperschaftsteuerpflichtigen ist der Gewinn laut Steuerbilanz oder, wenn diese nicht aufgestellt worden ist, der Gewinn laut Handelsbilanz. Im Bilanzgewinn sind die Abschreibungsbeträge, Sondervergünstigungen und bestimmte Aufwendungen nicht mehr enthalten. Sie können vorweg abgesetzt werden und ermäßigen den Bilanzgewinn erheblich. Den größten Posten hierunter machen die normalen Absetzungen für Abnutzung oder Substanzverringerung gemäß § 7 EStG aus. Nach dieser Bestimmung verminderten im Jahre 1968 1 539 unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige ihren Bilanzgewinn um über 282 Mill. DM, sofern dieser aufgrund kaufmännischer oder einfacher Buchführung im Sinne des § 4 Abs. 1 oder § 5 EStG ermittelt wurde. Die Abschreibungen erhöhten sich damit gegenüber dem Ergebnis von 1965 um 8%.

Die Inanspruchnahme von Sondervergünstigungen durch Körperschaftsteuerpflichtige

Die Sondervergünstigungen der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen

Art der Sondervergünstigung	Rechtsgrundlage	Fälle		Betrag in 1 000 DM	
		1965	1968	1965	1968
Steuerfreiheit für Gewinne aus der Veräußerung bestimmter Anlagegüter	§ 6 b EStG	19	19	3 202	3 490
Erhöhte Abschreibungen für Wohngebäude	§§ 7b, 54 EStG	74	41	1 504	797
Zuführung zur Rücklage für Preissteigerung	§ 74 EStDV	3	2	15 851	10
Bewertungsfreiheit für Abwässeranlagen	§ 79 EStDV	1	2	23	13
Bewertungsabschlag für bestimmte ausländische Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens	§ 80 EStDV	30	19	10 871	4 461
Bewertungsfreiheit für Anlagen, die der Reinhaltung der Luft dienen	§ 82 EStDV	3	1	175	259
Bewertungsfreiheit für bestimmte Schiffe und Luftfahrzeuge	§ 82 f EStDV	5	5	5 862	4 057
Sonstige Sondervergünstigungen		8	5	180	198
Insgesamt		143	94	37 667	13 285
darunter von Organtöchtern in Anspruch genommen		21	12	26 263	4 026

hat im Jahre 1968 erheblich nachgelassen, wenn man zum Vergleich die Ergebnisse des Jahres 1965 heranzieht. Nur noch 94 unbeschränkt Steuerpflichtige machten insgesamt 13,3 Mill. DM geltend, was einem Rückgang des Betrages im Berichtszeitraum um 65% entspricht. Nach der Zahl der Fälle kommt nach wie vor den erhöhten Abschreibungen für Wohngebäude (§§ 7b, 54 EStG) die größte Bedeutung zu. Hinsichtlich des Betrages dagegen sind die Bewertungsabschläge für bestimmte ausländische Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens, Bewertungsfreiheiten für bestimmte Schiffe und Luftfahrzeuge und die Steuerfreiheit für Gewinne aus der Veräußerung bestimmter Anlagegüter von größtem Gewicht. Auf die 3 letztgenannten Arten der Sondervergünstigungen entfielen 90% des insgesamt im Jahre 1968 geltend gemachten Betrages.

Aufwendungen besonderer Art der unbeschränkt Steuerpflichtigen

Art der Aufwendung	Fälle		Betrag in 1 000 DM	
	1965	1968	1965	1968
Zuführung zur Rückstellung für Pensionsverpflichtungen gem. § 6a EStG	271	194	18 842	17 624
Zuwendungen an Pensionskassen nach dem Zuwendungsgesetz	18	10	6 004	1 833
Zuwendungen an Unterstützungskassen nach dem Zuwendungsgesetz	47	25	3 107	1 729
Insgesamt	336	229	27 953	21 186
darunter von Organtöchtern aufgewandt	24	25	3 239	4 506

Unter den Aufwendungen besonderer Art sind hauptsächlich die Zuführungen zur Rückstellung für Pensionsverpflichtungen gemäß § 6a EStG zu erwähnen. 194 Steuerpflichtige wandten hierfür im Jahre 1968 über 17,6 Mill. DM auf. Das sind zwar nach dem Betrage 6% weniger als 1965; trotzdem kommt dieser Art der Aufwendung immer größere Bedeutung zu, da gleichzeitig die Zuwendungen an Pensions- und Unterstützungskassen nach dem Zuwendungsgesetz um über drei Fünftel zurückgingen. Auf sie entfielen im Jahre 1968 nur noch 17% aller insgesamt aufgewendeten Beträge.

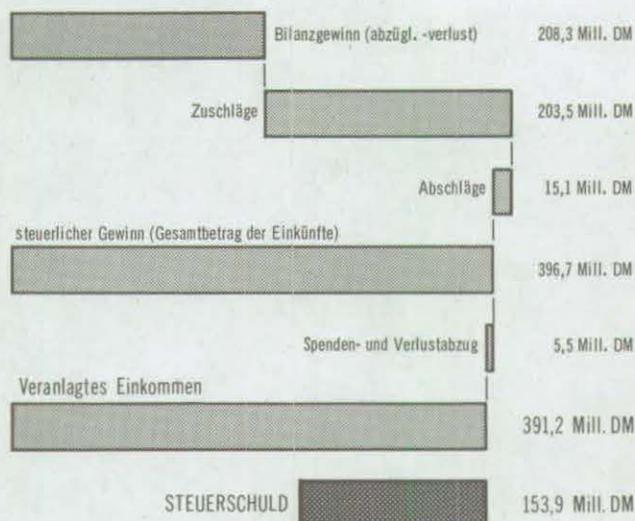
Vom Bilanzgewinn zum Einkommen

Die folgenden Ausführungen haben nur die 1 688 mit Einkommen veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen (ohne Pauschbesteuerungsfälle) zum Gegenstand. Zur Ermittlung des steuerlichen Gewinns, das entspricht dem Gesamtbetrag der Einkünfte, ist der Bilanzgewinn nach den Vorschriften des Körperschaftsteuergesetzes um eine Reihe von

D - 4387

Vom Bilanzgewinn zur Steuerschuld 1968

unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige *



*) nur mit Einkommen Veranlagte (ohne Pauschbesteuerungsfälle)

Zuschlägen und Abschlägen zu ergänzen. Einerseits werden bestimmte nichtabzugsfähige Ausgaben, soweit sie den Bilanzgewinn gemindert haben, diesem wieder hinzugerechnet; andererseits sind von dem um die Zuschläge erhöhten Bilanzgewinn verschiedene Abschläge zulässig. Der so errechnete steuerliche Gewinn ist dann nochmals um verschiedene Beträge zu modifizieren, bevor sich das zu versteuernde Einkommen ergibt.

1 621 der mit Einkommen veranlagten Steuerpflichtigen wiesen 1968 einen Bilanzgewinn von 210,1 Mill. DM aus. Weitere 67 Steuerpflichtige hatten dagegen einen Bilanzverlust von 1,8 Mill. DM, so daß sich per Saldo ein Gewinn von 208,3 Mill. DM ergibt. Das sind 29% mehr als im Jahre 1965.

Der Posten, der die Differenz zwischen Bilanzgewinn und zu versteuerndem Einkommen fast ausschließlich beeinflusst, sind die Zuschläge. Sie beliefen sich 1968 auf 203,5 Mill. DM und sind mit einer Veränderungsrate von + 34% gegenüber dem Ergebnis von 1965 stärker gestiegen als der Bilanzgewinn. Grob vereinfacht kann man sagen: der Bilanzgewinn wird durch die Zuschläge nahezu verdoppelt; vermindert man das Ergebnis um einige unbedeutende Abzüge so gelangt man zum zu versteuernden Einkommen.

Unter den Zuschlägen standen die nicht abzugsfähigen Steuern und Abgaben mit 176 Mill. DM an erster Stelle, und zwar hierunter insbesondere die Körperschaft- und Vermögensteuer sowie die Rückstellungen für Steuern und Abgaben. Diese Rückstellungen machten

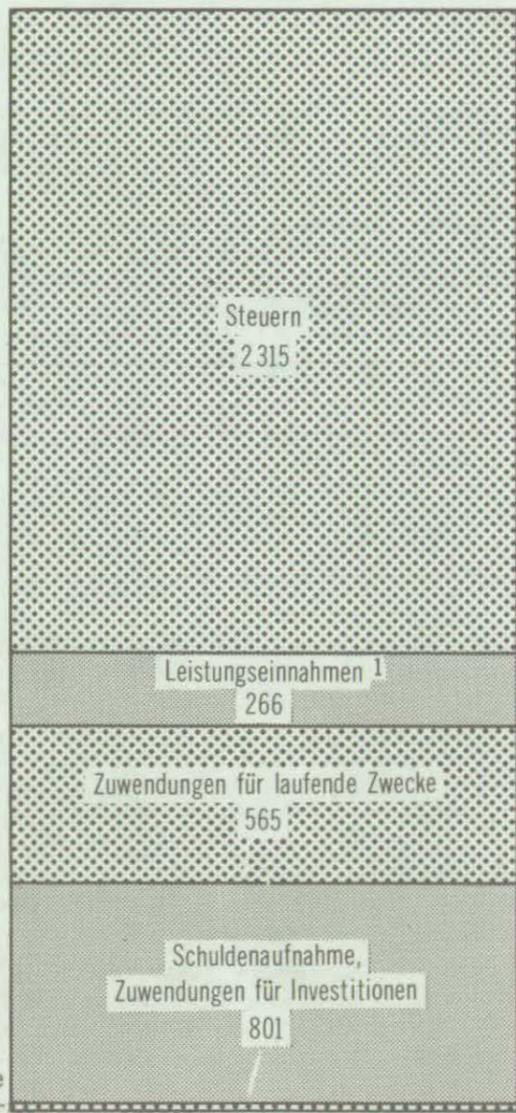
LANDESHAUSHALT 1972

- Haushaltsansatz in Millionen DM -



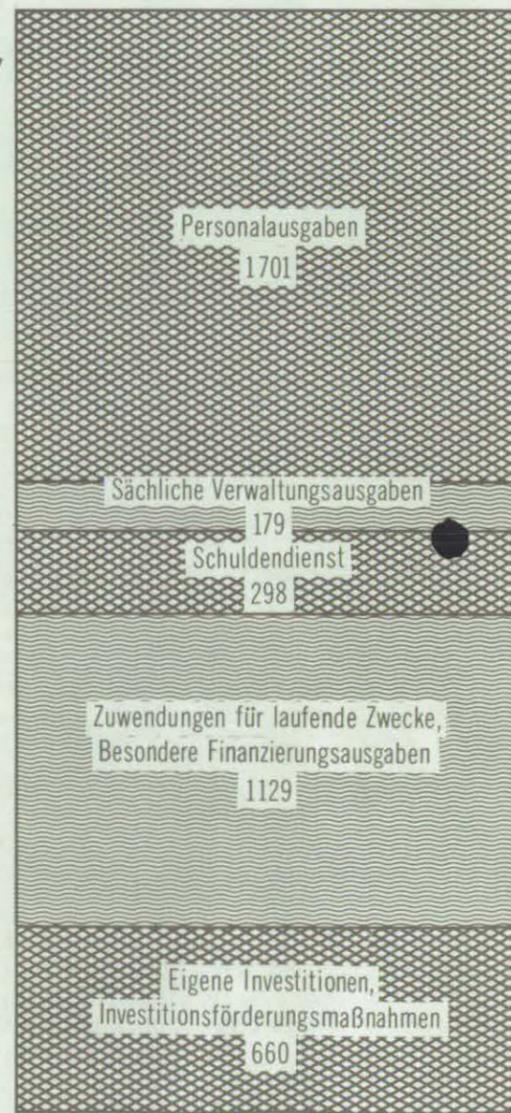
EINNAHMEN

NACH
ARTEN



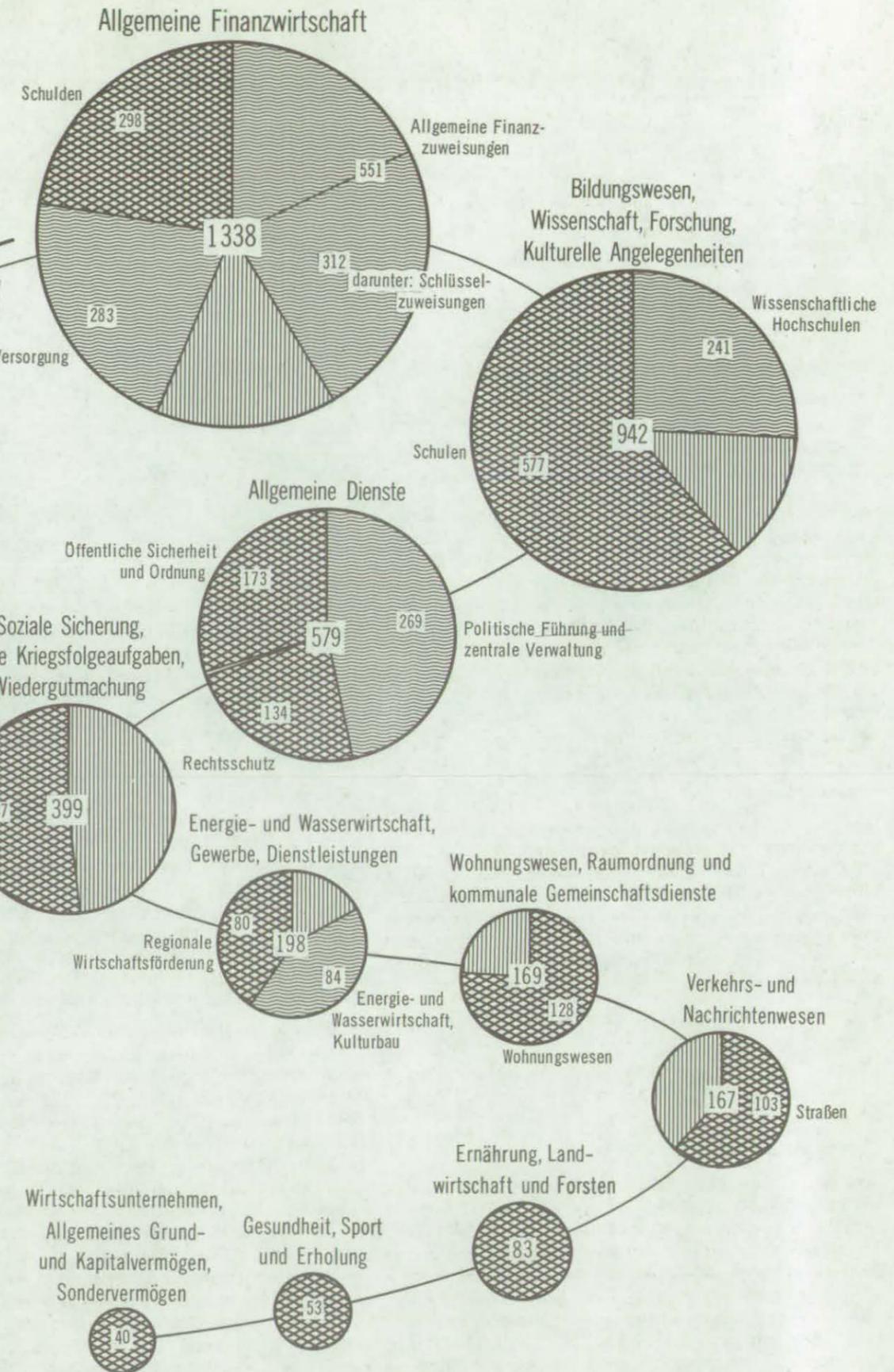
3968

AUSGABEN



3968

NACH AUFGABEN-
BEREICHEN



GRAFIK DES MONATS JULI 1972

1) einschließlich steuerähnlicher Einnahmen

	Steuerpflichtige ¹		Betrag in Mill. DM		Veränderung in %
	1965	1968	1965	1968	
Bilanzgewinn	1 572	1 621	163,4	210,1	+ 29
Bilanzverlust	65	67	1,5	1,8	+ 19
Summe	1 637	1 688	161,8	208,3	+ 29
+ Zuschläge ²	1 444	1 688	152,1	203,5	+ 34
- Abschläge ²	120	109	16,4	15,8	- 3
Es verbleiben	1 637	1 688	297,6	396,0	+ 33
+ Organschaftsgewinn	14	1	- 0,7	0,7	.
Steuerlicher Gewinn (Gesamtbetrag der Einkünfte)	1 637	1 688	297,1	396,7	+ 34
- Spendenabzug	512	488	1,4	2,8	+105
- Verlustabzug	97	153	3,3	2,7	- 19
Einkommen	1 637	1 688	292,4	391,2	+ 34
- Kapitalerträge ³	19	14	0,1	- 0,0	- 59
Zu versteuerndes Einkommen	1 637	1 688	292,4	391,1	+ 34

1) mit Einkommen veranlagte unbeschränkt Steuerpflichtige (ohne Pauschbesteuerungsfälle)

2) nicht Steuerpflichtige, sondern Zahl der Fälle, da für einen Steuerpflichtigen mehrere Arten von Zu- und Abschlägen zutreffen können

3) sofern im Gewinn enthalten

mit 42 Mill. DM allein fast ein Viertel der zugeschlagenen Steuern und Abgaben aus. Außerdem mußten weitere 20 Mill. DM dem Bilanzgewinn wieder hinzugerechnet werden, weil sie den Rücklagen (Reserven) zugeführt worden waren. In den Abschlägen waren hauptsächlich steuerfreie Zinsen und Gewinnanteile enthalten. Im Gegensatz zu den Zuschlägen, deren Betrag sich seit 1965 kräftig erhöhte, haben die Abschläge in demselben Zeitraum um 3% abgenommen.

Steuerbelastung

Das zu versteuernde Einkommen der 1 688 mit Einkommen veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen belief sich unter Berücksichtigung aller Zu- und Abschläge vom Bilanzgewinn auf insgesamt 391,1 Mill. DM. Aus diesem Betrag berechnet sich die Körperschaftsteuer nach verschiedenen Steuersätzen. Der geltende Tarif unterscheidet:

1. Unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaften (§ 19 Abs. 1 Nr. 1 und 2 KStG),
2. Bestimmte begünstigte Körperschaften (§ 19 Abs. 2 KStG),
3. Alle übrigen Körperschaften (§ 19 Abs. 1 Nr. 3 KStG).

Bei Kapitalgesellschaften ist zwischen anonymen Gesellschaften (Steuersatz für einbehaltene Gewinne 51%) und personenbezogenen Gesellschaften (auf einbehaltene Gewinne Staffeltarif von 39 bis 59% und Plafond von 49%) zu unterscheiden. Die ausgeschütteten Gewinne unterliegen einem niedrigeren Steuersatz, der bei anonymen Kapitalgesellschaften 15%, bei personenbezogenen dagegen 26,5%

Steuersatz	Fälle	Zu versteuerndes Einkommen		Steuerschuld
		Mill. DM	%	
für anonyme Kapitalgesellschaften gem. § 19 Abs. 1 Ziff. 1 KStG				
51 %	274	147	75	50
15 %	186	82	12	8
für personenbezogene Kapitalgesellschaften gem. § 19 Abs. 1 Ziff. 2 KStG				
Staffeltarif (einschl. Plafond 49 %) 26,5 %	406	19	9	6
	34	1	0	0
für Sparkassen gem. § 19 Abs. 2a KStG 35 %	53	34	12	8
für Kreditgenossenschaften gem. § 19 Abs. 2b KStG 32 %	153	13	4	3
für übrige Steuerpflichtige gem. § 19 Abs. 1 Ziff. 3 KStG 49 %	600	44	21	14
Sonstige Steuersätze	18	41	16	11
Insgesamt	1 724	381	148	100

1) ohne Organtöchter und ohne Pauschbesteuerungsfälle

beträgt. Bestimmte Kreditinstitute, Bausparbanken, Hypothekenbanken und andere genießen ermäßigte Steuersätze, deren Höhe von der Rechtsform der Körperschaft abhängig ist. Für die übrigen Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen beträgt die Steuer 49% des zu versteuernden Einkommensbetrages.

Insgesamt zahlten die unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaften im Veranlagungszeitraum 1968 152,9 Mill. DM Körperschaftsteuer (ohne Ergänzungsabgabe). Hiervon entfielen auf Organtöchter 4,8 Mill. DM, die in der Tabelle oben nach Steuersätzen nicht ausgewiesen werden können. Nur auf die verbleibenden 381 Mill. DM zu versteuerndes Einkommen und 148 Mill. DM Steuer beziehen sich die weiteren Ausführungen.

Etwa zwei Drittel der Steuerschuld, nämlich 96 Mill. DM, resultieren aus dem Einkommen der Kapitalgesellschaften. Hierbei kommt den Gewinnen der anonymen Gesellschaften die größte Bedeutung zu. Ihr Einkommen erhöhte sich seit 1965 um 40% auf insgesamt 229 Mill. DM. Das zu versteuernde Einkommen der personenbezogenen Gesellschaften ist dagegen im gleichen Zeitraum um 26 Mill. DM auf 20 Mill. DM zurückgegangen, obwohl die Anzahl der Fälle gleichzeitig zunahm. Die Gewinne der personenbezogenen Gesellschaften werden fast ausschließlich einbehalten; der Anteil der Ausschüttungen ist mit 4% sehr niedrig, wenn man ihn mit dem Anteil der anonymen Kapitalgesellschaften vergleicht,

von denen etwa 36% des Einkommens ausgeschüttet wurden.

Mit Wirkung vom Veranlagungszeitraum 1968 an sind die Steuersätze für begünstigte Kreditinstitute angehoben worden. Sie sind aber immer noch wesentlich niedriger als der Regelsteuersatz. Insbesondere das Einkommen der Sparkassen, die bis 1967 nur mit einem Gewinn aus sparkassenfremder Geschäftstätigkeit steuerpflichtig waren, hat sich durch die Neuregelung erheblich erhöht. Sie sind nunmehr mit ihrem gesamten Einkommen steuerpflichtig. Auch die erfaßte Steuerschuld der 153 mit Einkommen veranlagten unbeschränkt steuerpflichtigen Kreditgenossenschaften und Zentralkassen, die Kredite ausschließlich an ihre Mitglieder gewähren, erhöhte sich seit 1965 von 1,2 auf 4,4 Mill. DM; trotz des von 19% auf 32% erhöhten Steuersatzes sind diese Nichterwerbsgesellschaften aber nur mit 3% am gesamten Steueraufkommen beteiligt. Der Grund hierfür liegt in ihrem Geschäftszweck. Sie sollen in erster Linie andere Wirtschaftsunternehmen fördern, ohne selbst Gewinne zu erzielen.

Die größte Zahl der Körperschaften unterliegt dem allgemeinen Steuersatz für übrige Steuerpflichtige von 49%. Diese Gruppe hat gegenüber 1965 steuerlich an Bedeutung verloren. Die Anzahl ihrer Steuerpflichtigen ist um 164 auf 600 zurückgegangen, Einkommen und Steuerschuld nahmen dagegen nur geringfügig ab.

Einkommenshöhe und Rechtsformen

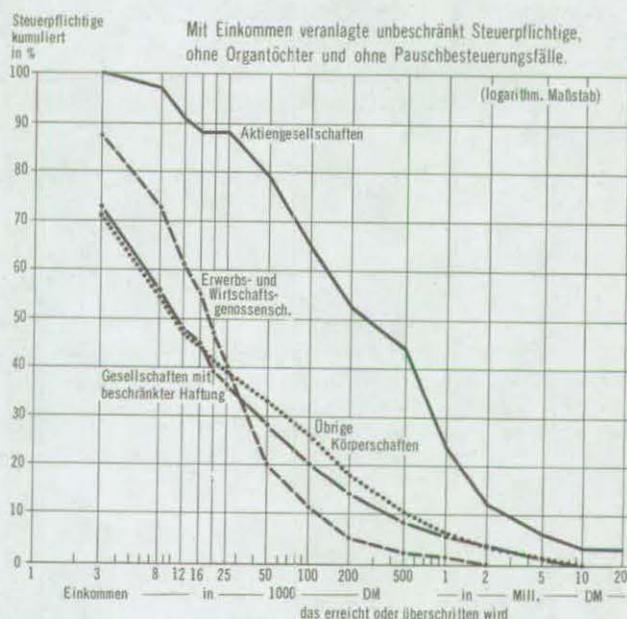
Die Verteilung der Steuerpflichtigen auf die einzelnen Einkommensgrößenklassen zeigt das auch aus früheren Jahren bekannte Bild: einer Vielzahl von Unternehmen mit geringem

Einkommen in den unteren Größenklassen stehen einige wenige Körperschaften mit sehr hohem Einkommen in den oberen Größenklassen gegenüber. Auf 67 Gesellschaften in der obersten Größenklasse (4%) entfielen allein 292 Mill. DM oder 77% des gesamten Einkommens. Dagegen ergab die Veranlagung bei 1 112 Steuerpflichtigen in den untersten drei Größenklassen nur einen Einkommensbetrag von 13 Mill. DM, was 3,5% des Einkommens entspricht.

Die Verteilung wird maßgeblich von den vielen Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften in den unteren Größenklassen

D - 4388

Die Verteilung der Körperschaftsteuerpflichtigen nach ihrem Einkommen 1968



Die Körperschaftsteuerpflichtigen nach Einkommenshöhe und Rechtsform im Jahre 1968
nur mit Einkommen veranlagte unbeschränkt Steuerpflichtige

Größenklasse (Einkommen in 1000 DM)	Körperschaften insgesamt		davon							
	Anzahl	Einkommen in Mill. DM	Aktien- gesellschaften	Gesellschaften mbH	Erwerbs- und Wirtschafts- genossenschaften	übrige Körperschaft- steuerpflichtige	Anzahl	Einkommen in Mill. DM	Anzahl	Einkommen in Mill. DM
Insgesamt¹	1 523	381,1	34	61,3	677	191,9	527	33,3	285	94,6
davon in %										
unter 12	46	1	9	0	52	1	39	3	53	1
12 - 20	10	1	3	0	9	1	14	4	6	0
20 - 50	16	2	9	0	11	1	28	13	8	1
50 - 100	8	2	15	1	8	2	9	10	7	2
100 - 200	6	4	12	1	6	3	6	13	8	3
200 - 1 000	8	14	29	9	9	14	4	20	11	15
1 000 und mehr	4	77	24	89	5	79	1	37	6	78
außerdem Organtöchter	165	10,0			156	6,4				

1) ohne Organtöchter und Pauschbesteuerungsfälle

beeinflusst. Von 677 Gesellschaften mbH wiesen über die Hälfte ein Einkommen von unter 12 000 DM aus. Die Gründe für diesen hohen Anteil sind weniger in schlechten Geschäftsergebnissen der Gesellschaften mbH zu suchen als vielmehr darin, daß in ihnen nachweislich ein erheblicher Teil von Organtöchtern mit Gewinnabführungsvertrag enthalten ist. Dies ist auch aus der Tabelle zu entnehmen. Von 165 insgesamt erfaßten Organtöchtern waren 156 Gesellschaften mbH. Die Konzentration der Genossenschaften in den unteren Einkommensklassen beruht dagegen hauptsächlich auf ihrer Geschäftspolitik, die im allgemeinen nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist.

Ein Vergleich der Schichtung mit dem Ergebnis der Körperschaftsteuerstatistik 1965 macht deutlich, daß sich das Gewicht der Einkommen seitdem noch stärker in die oberste Größenklasse von 1 Mill. DM und mehr verlagert hat. Der Anteil des Einkommens, der auf diese Größenklasse entfällt, ist von 70% auf 77% gestiegen. Die Tendenz zur weiteren Konzentration des Einkommens ist

nicht nur bei den Kapitalgesellschaften, sondern auch in allen anderen Rechtsformen zu beobachten. Hervorzuheben ist ferner die verstärkte Zusammenballung der Gesellschaften mbH im Berichtszeitraum in der untersten Größenklasse. Ihr Anteil erhöhte sich von 45% auf 52% innerhalb der letzten 3 Jahre bis 1968.

Wirtschaftliche Gliederung

Sofern die Körperschaften zur Buchführung laut HGB verpflichtet sind, gelten ihre Einkünfte grundsätzlich als Einkünfte aus Gewerbebetrieb. Für diese Steuerpflichtigen wird also nicht nach Einkunftsarten im Sinne des Einkommensteuergesetzes unterschieden. Besteht dagegen eine Buchführungspflicht nicht, weil das Einkommen nur gering ist, so sind neben den Einkünften aus Gewerbebetrieb auch andere Einkunftsarten möglich (z. B. aus Land- und Forstwirtschaft). Ihre Höhe ist unbedeutend. Auf eine Darstellung der Einkunftsarten wird daher im Rahmen der Körperschaftsteuerstatistik verzichtet.

Die wirtschaftliche Gliederung der Körperschaftsteuerpflichtigen¹ und ihrer Einkünfte

Wirtschaftliche Gliederung	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte Mill. DM		Steuerschuld Mill. DM	
	1965	1968	1965	1968	1965	1968
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	17	8	0,1	1,6	0,0	0,5
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	61	71	45,7	58,5	20,5	25,5
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	320	291	111,1	153,3	42,9	60,5
Baugewerbe	47	40	3,3	3,4	1,4	1,1
Handel	561	503	45,6	52,3	16,3	19,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	37	47	5,0	4,9	1,8	1,7
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	197	196	40,6	96,7	12,8	32,7
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	224	324	13,8	14,8	6,1	6,7
Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	42	43	0,6	0,6	0,3	0,3
Insgesamt	1 506	1 523	265,7	386,1	102,0	148,1

1) ohne Organtöchter und ohne Pauschbesteuerungsfälle

In den Wirtschaftsbereichen Handel und verarbeitendes Gewerbe ist die Zahl der erfaßten Körperschaften seit 1965 erheblich zurückgegangen. Auf die Gewinne der Gesellschaften hat dieser Prozeß der Zusammenschlußbewegung jedoch kaum Einfluß ausgeübt. Im verarbeitenden Gewerbe stiegen die Einkünfte von 111 auf 153 Mill. DM, was einem Zuwachs von 38% entspricht. Auf diese Wirtschaftsabteilung entfallen somit 40% aller erfaßten Einkünfte, auf den Bereich Handel dagegen nur 14%. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe haben sich die steuerlichen Gewinne infolge der oben erwähnten Gesetzesänderung beson-

ders drastisch erhöht. Dasselbe gilt für die von diesen Unternehmen abgeführte Steuer, die überproportional anstieg. Im übrigen ist die starke Zunahme von Dienstleistungsbetrieben hervorzuheben. Die Zahl der Gesellschaften erhöhte sich um 100, ohne daß der Gesamtbetrag der Einkünfte in entsprechendem Maße eine Änderung erfuhr.

Klaus Scheithauer

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht L IV 4 (bisher: L 0) enthalten. Vergleiche auch: "Das Einkommen der Körperschaften und seine Besteuerung 1965" in dieser Zeitschrift 1968, S. 210 (September) und "Einkommen und Besteuerung der Körperschaften (Ergebnis der Körperschaftsteuerstatistik 1968)" in Wirtschaft und Statistik 1972, S. 220 (April)

Die Ernten 1971

Wetter und Wachstum 1970/71¹

Das Vegetationsjahr 1970/71 begann mit einem niederschlagsreichen Frühherbst. Nach der regnerischen, kalten ersten Septemberhälfte 1970 machte die Bestellung des Winterroggens und der Wintergerste erst in der trockeneren zweiten Septemberhälfte rasche Fortschritte.

Anfang Oktober wurde das Wetter wieder unbeständig, blieb aber mild. Nach einer kurzen Trockenperiode Mitte des Monats setzte am 18. Oktober wieder wechselhaftes Wetter ein.

Auch bis Mitte November blieb es noch regnerisch. Ab 20. November etwa herrschte dann trockenes Wetter. Insgesamt war es im November verhältnismäßig mild.

Der Monat Dezember 1970 war ebenfalls recht mild und brachte wenig Niederschläge. Erst Ende Dezember gab es Frost, verbunden mit einer leichten Schneedecke.

Bis zum 6. Januar 1971 herrschte noch winterliches Wetter. Danach folgte überwiegend mildes Wetter mit teilweise stärkeren Nachtfrösten. Beim Auftauen des Bodens kam es kurz vor Monatsmitte vorübergehend zu einem Wasserstau in der Krume. Wintergerste und Raps zeigten während des ganzen Monats in Senken Vergilbungen als Folge der schon im Spätherbst aufgetretenen Staunässe.

Relativ warm war es auch noch im Februar. Erst zu Beginn der zweiten Februardekade gingen die Temperaturen langsam zurück. Anfangs der 3. Dekade wurde es noch einmal wärmer. Ende Februar kam es schließlich zu hochwinterlichem Wetter mit Schneefällen.

Im März dauerte dieses winterliche Wetter zunächst noch an. Es gab häufig Schneefälle und es herrschte Dauerfrost und völlige Vegetationsruhe. Nach Mitte März stiegen die Temperaturen vorübergehend an. Ende März war es jedoch wieder überwiegend kalt. Nach Monatsmitte wuchsen die Wintersaaten erneut und die Feldarbeiten zur Vorbereitung der Sommergetreideaussaat konnten zögernd beginnen.

Der April 1971 war kühl und trocken. Die Niederschläge erreichten nur 39% der langjährigen Durchschnittsmenge. Die Böden trockneten wegen des kühlen Wetters jedoch anfangs nur langsam ab, so daß mit den Feldarbeiten im Hügelland und in der Marsch verbreitet erst in der zweiten Monatshälfte begonnen werden konnte. Auf der Geest traten

stellenweise Sandverwehungen auf, so daß vereinzelt Rüben neu gesät werden mußten.

Die Auswinterungsschäden, d. h. Umbruch wegen Frost- oder Nässeschäden, blieben 1971 sehr gering.

Im Mai herrschte anhaltend trockenes und warmes Wetter. Der Boden trocknete im ganzen Lande rasch aus. Auf sandigen Standorten der Geest war die Bodenfeuchte bis in den Untergrund Mitte Mai so gering geworden, daß das Pflanzenwachstum - insbesondere beim Sommergetreide - teilweise merklich beeinträchtigt wurde. Der Graswuchs war ebenfalls unzureichend. Tierische Schädlinge vermehrten sich stark. Es wurde bereits häufig über stärkeres Auftreten von Rapsglanzkäfern sowie von Kohlschotenrüssler und -mücke und über Schäden beim Raps berichtet.

Der Monat Juni war zu kalt und zu niederschlagsreich. Das warme, sonnige Wetter von Ende Mai setzte sich nur noch wenige Tage im Juni fort. Es folgten einzelne, z. T. gewittrige Störungen und noch im ersten Junidrittel kühles, niederschlagsreiches Wetter, das den ganzen Juni über andauerte. Während die Maitrockenheit auf leichtem Boden bereits zu Wassermangel und damit Ertragsminderungen geführt hatte, kamen die Niederschläge für Marsch und Hügelland meist noch so rechtzeitig, daß keine Schäden sichtbar wurden. In der Marsch kam es nach heftigen Gewitterschauern verbreitet zu Lagerbildung bei Wintergerste.

In den ersten 10 Julitagen herrschte trockenes und hochsommerlich warmes Wetter. Kurz vor Monatsmitte kam es zu verbreiteten Niederschlägen. Es folgte kühles Wetter mit insgesamt geringen Niederschlagsmengen. Ende des Monats stiegen die Temperaturen wieder an. Im Laufe des Monats reifte das Getreide rasch, so daß in der 3. Dekade im Süden des Landes mit der Wintergerstenernte begonnen werden konnte. Winterraps wurde vielfach zu Beginn der 3. Dekade in Schwad gemäht, trocknete dort aber nur langsam, da ihn häufig Schauer wieder anfeuchteten.

In der ersten Augushälfte herrschte nach kurzfristigem Schönwetter vielfach wechselhaftes Wetter. Die zweite Augushälfte stand überwiegend unter Hochdruckeinfluß, so daß der August insgesamt etwas überdurchschnittliche Temperaturen und nur knapp zwei Drittel der durchschnittlichen Niederschlagsmenge brachte. Ende des Monats kam es wieder zu wechselhaftem Wetter. In der trockenen Periode zu Monatsbeginn gelang es nur im Süden des Landes, die Getreideernte soweit voranzubringen, daß in der nachfolgenden

1) Quelle: (mit Ausnahme der Auswinterungszahlen) Monatliche Wetterungsberichte für Schleswig-Holstein des Deutschen Wetterdienstes

nassen Periode kaum Auswuchs zustande kam. Im Norden und Westen dagegen war es nicht möglich, den eben vor Beginn der Regenperiode reif gewordenen Winterweizen und Winterroggen zu ernten. Da die Erntearbeiten fast 2 Wochen ruhten, kam es verbreitet zu Auswuchs, der aber nur vereinzelt stärkeres, qualitätsminderndes Ausmaß annahm. Hafer und Sommerweizen waren in den Marschen und in Angeln bis zum Monatsende nur zum Teil erntereif, so daß dort die Getreideernte am Monatsende noch nicht abgeschlossen war.

Der September war, gemessen am langjährigen Durchschnitt, etwas zu kalt und etwas zu trocken. Da es nach geringen Niederschlägen in den ersten Monatstagen bis nach Monatsmitte fast völlig niederschlagsfrei blieb, gelang es auch im Norden, die Getreideernte während der ersten Dekade zum Abschluß zu bringen. Nach Monatsmitte gab es zeitweilige, örtlich auch recht ergiebige Niederschläge. Gegen Ende des Monats kam es gebietsweise zu starken Regenfällen. In den letzten Septembertagen gab es auch wieder sonniges Wetter. Mit der Ernte der Spätkartoffeln wurde Ende des Monats begonnen.

Der Oktober war relativ warm und trocken. Die Niederschläge erreichten nur 72% des Sollwertes. Um Monatsmitte kam es zu zeitweiligen Regenfällen und heftigen Sturmböen, die teilweise Schäden anrichteten.

Die Hackfruchternte machte im Oktober rasche Fortschritte und war meist bis zum Monatsende abgeschlossen.

Anfang November stand Schleswig-Holstein noch unter Hochdruckeinfluß, und erst um Monatsmitte kam es zu umfangreichen Niederschlägen und stärkerer Abkühlung. Die Rüben-ernte konnte in der ersten Monatshälfte abgeschlossen werden.

Anbau und Ernte 1971

Getreide und Ölfrüchte

1971 wurden der Getreideanbau in Schleswig-Holstein nochmals um 18 000 ha (+ 4,4%) und der Rapsanbau um fast 1 800 ha (+ 3,7%) ausgedehnt. Von den einzelnen Getreidearten wurden lediglich die Sommergerste und das Sommermenggetreide im Anbau eingeschränkt, während alle übrigen Getreidearten erhebliche Flächen dazugewinnen konnten.

Nach den Ergebnissen der Erntemessungen und -schätzungen lagen die Hektarerträge bei allen Getreidearten erheblich über den Vorjahreserträgen und über dem mehrjährigen Durchschnitt. Insbesondere auf den vom Boden her günstigeren Standorten und bei den dort bevorzugten Getreidearten wurden sehr hohe Erträge erzielt. Während Hafer und Meng-

getreide den mehrjährigen Durchschnitt nur um 4% übertrafen, lagen die Erträge der übrigen Getreidearten um mehr als 10%, bei Winterweizen sogar um 23% über dem Durchschnittswert.

Winterweizen erreichte mit 51 dz/ha einen neuen Rekordertrag. Ebenso wurden bei Sommerweizen, Wintergerste und Sommergerste die bisher höchsten Erträge erzielt. Roggen, Hafer und Menggetreide, d. h. die Getreidearten mit verbreiteterem Anbau auf der Geest, blieben jeweils um 2 dz/ha unter den bisherigen Höchsterträgen des Jahres 1968.

Fruchtart	1971	Veränderung 1971 gegenüber	
		1970	D 1965 - 70 %
Anbau	in 1 000 ha		
Brotgetreidearten	187,1	+ 10	+ 15
Futtergetreidearten	240,6	+ 0	- 1
Getreide insgesamt	427,7	+ 4	+ 5
Ölfrüchte (ohne Mohn)	50,5	+ 4	+ 41
Ertrag	in dz/ha		
Brotgetreidearten	41,1	+ 14	+ 18
Futtergetreidearten	38,6	+ 26	+ 12
Getreide insgesamt	39,7	+ 21	+ 14
Ölfrüchte (ohne Mohn)	25,1	+ 15	+ 5
Ernte	in 1 000 t		
Brotgetreidearten	769,3	+ 25	+ 36
Futtergetreidearten	928,2	+ 26	+ 10
Getreide insgesamt	1 697,5	+ 26	+ 21
Ölfrüchte (ohne Mohn)	126,8	+ 19	+ 48

Aus den Ergebnissen der Bodennutzungserhebung und der Ertragsfeststellungen errechnet sich für Schleswig-Holstein 1971 eine Getreideernte von insgesamt fast 1,70 Mill. t. Das sind 26% mehr als 1970 und 21% mehr als im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre. Dabei lag die Weizenernte mit 496 000 t um 17% und die Roggenernte mit 274 000 t um 43% höher als im Jahr zuvor. Die stärkste Steigerungsquote weist die Wintergerstenernte auf. Mit 303 000 t wurde die Vorjahresernte um 50% und der mehrjährige Durchschnitt um 43% übertroffen.

Wesentlich günstiger als 1970 fielen auch die Raps-erträge aus, so daß sich bei der vergrößerten Anbaufläche eine gegenüber dem Vorjahr um 19% größere Gesamternte an Raps und Rüben errechnet. Die Ernte im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre wurde um fast die Hälfte übertroffen.

Der Getreideanteil ist auch 1971 in allen Naturräumen weiter gestiegen und machte in der Marsch bereits 73% der Ackerfläche aus. In allen Naturräumen lagen die Erträge für Getreide zusammen wesentlich über den Vorjahreswerten.

Der Rapsanbau hat vor allem auf den guten Böden des Landes (Naturräume Marsch und

	Anbau		Ertrag		
	in ha	in %		in dz je ha	
		der LF ¹	der AF ²	1970	1971
	Getreide				
Marsch	46 473	27,6	72,9	44,1	48,8
Hohe Geest	92 712	28,7	66,9	26,5	33,4
Vorgeest	65 260	34,6	62,8	20,2	28,5
Hügelland	223 229	47,2	64,3	37,1	43,7
	Ölfrucht				
Marsch	4 689	2,8	7,4	23,3	23,9
Hohe Geest	1 971	0,6	1,4	20,6	23,0
Vorgeest	611	0,3	0,6	16,1	18,7
Hügelland	43 235	9,1	12,5	22,0	25,4

1) = landwirtschaftlich genutzte Fläche

2) = Ackerfläche

Hügelland) große Bedeutung. Bemerkenswert ist, daß in der Marsch kaum bessere Erträge erzielt wurden als 1970, im Hügelland jedoch die Erträge durchschnittlich um gut 3 dz/ha höher lagen als im Jahr zuvor.

Kartoffeln

Der Kartoffelanbau war 1971 wieder stark rückläufig. Zwar fiel die Frühkartoffelernte bei annähernd unveränderter Anbaufläche und etwas höheren Erträgen um 12% höher aus als im Vorjahr, die Ernte an mittelfrühen und Spätkartoffeln blieb dagegen wegen der starken Anbaueinschränkungen und der nur durchschnittlichen Hektarerträge um etwa ein Drittel sowohl unter dem Vorjahresergebnis als auch unter dem mehrjährigen Durchschnitt.

Fruchtart	1971	Veränderung 1971 gegenüber	
		1970	D 1965-70
in %			
Anbau	in 1 000 ha		
Frühkartoffeln	0,8	+ 7	- 38
Mittelfrühe und Spätkartoffeln	10,8	- 19	- 25
Kartoffeln insgesamt	11,6	- 18	- 26
Ertrag	in dz/ha		
Frühkartoffeln	221	+ 5	+ 10
Mittelfrühe und Spätkartoffeln	282	- 6	+ 4
Kartoffeln insgesamt	278	- 6	+ 4
Ernte	in 1 000 t		
* Frühkartoffeln	17,4	+ 12	- 32
Mittelfrühe und Spätkartoffeln	304,7	- 24	- 23
Kartoffeln insgesamt	322,0	- 22	- 23

Zuckerrüben

Die Zuckerrübenanbaufläche hatte sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert, lag jedoch um 5% über dem mehrjährigen Durchschnitt.

Trotz stellenweise etwas lückenhafter Bestände fielen die Hektarerträge sehr hoch aus. Mit 398 dz/ha wurde der Vorjahresertrag um 6% und der mehrjährige Durchschnittsertrag um 10% übertroffen. Entsprechend stieg auch die Gesamternte an Zuckerrüben um 5% gegenüber 1970 auf 596 000 t in diesem Jahre.

	Zuckerrübenanbau		Zuckerrübenenertrag		
	in ha	in %		in dz je ha	
		der LF ¹	der AF ²	1970	1971
Marsch	1 720	1,0	2,7	393,5	416,5
Hohe Geest	3 154	1,0	2,3	375,4	392,2
Vorgeest	1 070	0,6	1,0	357,1	388,5
Hügelland	9 034	1,9	2,6	374,9	397,6

1) = landwirtschaftlich genutzte Fläche

2) = Ackerfläche

Der Zuckerrübenanbau ist im Hügelland mit gut 9 000 ha und 1,9% der landwirtschaftlich genutzten Fläche am weitesten verbreitet. Im Ackerflächenanteil liegt die Zuckerrübe in der Marsch mit 2,7% noch knapp vor dem Hügelland mit 2,6% und der Hohen Geest mit 2,3%. Die Erträge erreichten auch 1971 wieder in der Marsch den höchsten Wert.

	1971	Veränderung 1971 gegenüber	
		1970	D 1965-70
in %			
Anbau	in 1 000 ha		
Zuckerrüben	15,0	0	+ 5
Runkelrüben	28,1	+ 8	+ 30
Kohlrüben	7,2	- 28	- 58
Ertrag	in dz/ha		
Zuckerrüben	398	+ 6	+ 10
Runkelrüben	935	+ 9	+ 2
Kohlrüben	755	+ 20	+ 7
Ernte	in 1 000 t		
Zuckerrüben	596,1	+ 5	+ 16
Runkelrüben	2 623,7	+ 18	+ 32
Kohlrüben	543,5	- 13	- 54

Futterhackfrüchte

Im Runkelrübenanbau hielt der steigende Trend der Vorjahre an, während im Kohlrübenanbau der starke Rückgang der letzten Jahre auch 1971 bestätigt wurde. Die Hektarerträge fielen bei Runkel- und Kohlrüben ebenfalls wesentlich günstiger aus als im Vorjahr.

Die Gesamternte an Runkelrüben lag damit um 18% über der Vorjahresernte, während die Kohlrübenenernte (wegen der kleineren Anbaufläche) noch um 13% unter der Ernte von 1970 blieb und damit nur knapp die Hälfte der mehrjährigen Durchschnittsernte erreichte.

	Futterhackfruchtanbau 1971		
	in ha	in %	
		der LF ¹	der AF ²
Marsch	2 511	1,5	3,9
Hohe Geest	12 560	3,9	9,1
Vorgeest	8 570	4,5	8,2
Hügelland	12 522	2,6	3,6

1) = landwirtschaftlich genutzte Fläche
2) = Ackerfläche

Gemessen an Nutzflächen- und Ackerflächenanteil hat der Anbau von Futterhackfrüchten vor allem auf der Geest Bedeutung. In der Marsch und im Hügelland sind die entsprechenden Anteile nur etwa halb so groß.

Ackerfutterbau und Dauergrünland

Der Futteranbau hat 1971 weiterhin zugunsten der marktfähigen Früchte - insbesondere Getreide und Raps - abgenommen. Insgesamt war die Futterfläche (Dauergrünland und Ackerfutterbau) um fast 13 600 ha kleiner als 1970 (- 2,4%).

Frucht- und Nutzungsart	1971		Veränderung 1971 gegenüber	
	1 000 ha	%	1970	D 1965-70
Ackerfutterbau	95,6	- 5	- 17	
darunter Klee und Klee gras	24,2	- 21	- 37	
Dauergrünland	469,2	- 2		
Futterbau insgesamt¹	564,8	- 2		

1) ohne Futterhackfrüchte

Diese Abnahme des Futterbaus wurde langfristig vor allem durch die Steigerung der Erträge möglich. Nach den ungünstigen Rauhfuttererträgen 1970 wurden 1971 im allgemeinen wieder zufriedenstellende Heu- und Grünfuttererträge gemeldet.

	Ackerfutterbau		Dauergrünland	Futterbau insgesamt ¹	Hauptfutterfläche ²	
	in ha	in %				
		der AF ³				der LF ⁴
Marsch	4 097	6,4	2,4	60,3	62,7	64,2
Hohe Geest	21 348	15,4	6,6	53,5	60,1	64,0
Vorgeest	23 240	22,4	12,3	42,8	55,1	59,7
Hügelland	46 932	13,5	9,9	24,2	34,1	36,8

1) Dauergrünland und Ackerfutterbau

2) Dauergrünland und Ackerfutterbau und Futterhackfrüchte

3) = Ackerfläche

4) = landwirtschaftlich genutzte Fläche

Trotz vermindelter Flächen stellte der Futterbau in der Marsch und auf der Geest auch 1971 noch die überwiegende Nutzungsart

dar. Lediglich im Hügelland wurde nur noch gut ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche von Ackerfutterbau oder Dauergrünland eingenommen.

Zwischenfrüchte

Langfristig war der Zwischenfruchtanbau seit Jahren rückläufig. Nachdem auch 1970 der Zwischenfruchtanbau stark eingeschränkt worden war, wurden 1971 mit insgesamt rund 44 500 ha - das sind 7% der Ackerfläche - wieder erheblich mehr Zwischenfrüchte angebaut. Der mehrjährige Durchschnitt wurde nur um 2% unterschritten.

Zwischenfruchtart	1971	Veränderung 1971 gegenüber	
		1970	D 1965-70
	1 000 ha	%	
Sommerzwischenfrüchte zur Futtergewinnung darunter Klee und Klee gras	21,8 16,4	0 + 2	- 21 - 34
Sommerzwischenfrüchte zum Unterpflügen	20,9	+ 51	+ 34
Sommerzwischenfrüchte zusammen	42,7	+ 20	- 1
Winterzwischenfrüchte zusammen	1,8	+ 10	- 16
Zwischenfrüchte insgesamt	44,5	+ 19	- 2

Ausgedehnt wurde vor allem der Anbau von Gründüngungszwischenfrüchten. Am auffallendsten sind die Steigerung des Anbaus von Lihoraps und Siletta zum Unterpflügen um 79% auf nunmehr fast 11 000 ha und die Ausdehnung des Anbaus von Hülsenfrüchten (z. B. Lupinen) zum Unterpflügen um 53% auf 5 000 ha.

Gemüse und Erdbeeren

Der schleswig-holsteinische Gemüseanbau war 1971 nach einem leichten Anstieg im Vorjahr wieder stark rückläufig.

Gegenüber 1970 wurden insbesondere der Kopfkohlanbau - außer Dauerweißkohl und Frühwirsing - der Grünkohl-, Möhren-, Porree-, Spinat- und der Frischerbsenanbau eingeschränkt. Auch der Anbau der meisten flächenmäßig nicht so bedeutenden Gemüsearten ging zurück.

Wenig veränderten sich die Buschbohnen- und die Blumenkohlanbauflächen. Die Rosenkohlfäche erreichte nach dem starken Rückgang im Vorjahr wieder durchschnittlichen Umfang. Der Anbau von Kopfsalat und Spargel nahm bemerkenswert zu.

In die amtlichen Ernteberechnungen gehen nach wie vor die Schätzungen der Berichterstatter ein. Wie die nachstehend zur Information veröffentlichten Ergebnisse der objektiven Erntemessungen zeigen, liegen die

Anbau, Erträge und Ernten ausgewählter Gemüsearten

Gemüseart	1971	Veränderung 1971 gegenüber	
		1970	D 1965-70
		%	
Anbau	in ha		
Weißkohl	2 221	+ 1	- 2
Rotkohl	984	- 20	- 18
Wirsingkohl	295	- 28	- 41
Speisemöhren	815	- 24	.
Buschbohnen	1 036	- 2	- 18
Frischerbsen	1 325	- 10	- 25
Ertrag	in dz/ha ¹		
Weißkohl	585,4	+ 9	+ 15
Rotkohl	433,3	+ 5	+ 19
Wirsingkohl	248,0	- 5	0
Möhren und Karotten	359,4	- 10	.
Buschbohnen	87,2	- 5	- 7
Frischerbsen ²	42,1	+ 9	.
Ernte	in 1 000 dz ¹		
Weißkohl	1 300,3	+ 9	+ 13
Rotkohl	426,3	- 17	- 3
Wirsingkohl	73,2	- 32	- 41
Möhren und Karotten	292,9	- 32	.
Buschbohnen	90,3	- 8	- 23
Frischerbsen	55,8	- 2	.

1) berechnet nach den Schätzungen der Berichterstatter
2) gedroschen, ohne Hülsen

Schätzungen bei Kopfkohl und Möhren erheblich unter den tatsächlichen Werten. Bei Frischerbsen und Buschbohnen dürften die Schätzungsergebnisse nach Vergleich mit den Ergebnissen der Konservenfabriken den tatsächlichen Werten nahe kommen.

Sowohl die Schätzungen wie auch die Erntemessungen zeigen, daß 1971 recht günstige Weißkohl- und Rotkohlerträge erzielt wurden. Während die Frühkohlerträge etwa durchschnittlich ausfielen, lagen die Erträge der Herbst- und Dauerkohlarten erheblich über dem mehrjährigen Durchschnitt. Die Gesamternte an Weißkohl übertraf sowohl die Vorjahresternte, wie auch den Durchschnitt. Dagegen blieb die Rotkohlernte wegen des starken Anbaurückganges erheblich unter der Ernte von 1970 und 3% unter der Durchschnittsernte.

Beim Wirsing kam zu dem Rückgang der Anbauflächen stellenweise - insbesondere auf Fehmarn - unbefriedigende Hektarerträge, so daß die Gesamternte weit unter der Vorjahresternte und noch mehr unter der durchschnittlichen Ernte blieb.

Bei Möhren und Karotten schätzten die Berichterstatter niedrigere Erträge als 1970 (die Messungen ergaben zumindest bei späten Möhren höhere Erträge), so daß sich zusammen mit der um ein Viertel kleineren Anbaufläche eine um 32% kleinere Gesamternte errechnet.

Die Buschbohnen erreichten nicht die Erträge des Vorjahres, die Gesamternte blieb hier um 8% unter der von 1970.

Recht günstige Erträge brachten mit 42 dz/ha Körnern die Frischerbsen. Mit der kleineren Anbaufläche errechnet sich für 1971 eine Gesamternte von 5 600 t, die um 2% kleiner ist als 1970.

Die übrigen Gemüsearten, wie z. B. Spargel, Blumenkohl, Rote Bete, Rosenkohl, Spinat und Sellerie brachten zumeist höhere Hektarerträge und Gesamternten als im Vorjahr.

Ergebnisse der Erntemessungen bei Gemüse 1970 und 1971

Fruchtart	Jahr	Ertrag ¹ dz/ha	Ernte dz	Messung in % der Schätzung
Herbstweißkohl	1970	802,9	615 824	114
	1971	846,3	621 184	115
Dauerweißkohl	1970	599,0	768 517	127
	1971	690,7	942 806	131
Dauerrotkohl	1970	481,4	439 518	121
	1971	525,3	379 267	126
Späte Möhren	1970	522,9	371 259	106
	1971	563,7	266 066	121

1) Bruttoertrag marktfähiger Früchte abzüglich 10 % für Ernteverluste

Wie in den Vorjahren wurden bei der Gemüseanbauerhebung die Flächen ausgewählter Gemüsearten getrennt nach Vertragsanbau und freiem Anbau erfragt. Auch 1971 waren wiederum Herbstspiant, Karotten und Frischerbsen fast ausschließlich und Buschbohnen weitgehend vertragsgebunden. Späte Möhren waren lediglich zu 46% vertraglich in Absatz oder Preis gebunden, während die frühen Möhren noch zu einem großen Teil auf dem Frischmarkt verwertet werden und nur zu 11% vertragsgebunden waren. Bei Kopfkohl er-

Vertragsanbau ausgewählter Gemüsearten

Gemüseart	1971		
	Anbaufläche insgesamt	darunter Vertragsanbau	
	ha	ha	% ¹
Herbstweißkohl	734	388	53
Dauerweißkohl	1 365	407	30
Herbstrotkohl	225	96	43
Dauerrotkohl	722	65	9
Frühjahrsspinat	9	8	89
Herbstspinat	19	19	100
Frühe Möhren	120	13	11
Späte Möhren	472	217	46
Frühe Karotten	110	101	92
Späte Karotten	113	110	97
Frischerbsen	1 325	1 222	92
Buschbohnen ²	1 036	851	82

1) in % der gesamten Anbaufläche 2) einschl. Nachanbau

strecken sich die Anbau- und Lieferverträge hauptsächlich auf die Industrieware. Daher sind die vertragsgebundenen Anteile bei Herbstweißkohl und Herbstrotkohl am größten.

Gemüse unter Glas

Gemüseart	1969	1970	1971
	in ha		
Blumenkohl	0,1	0,1	0,0
Kohlrabi	1,1	1,6	1,0
Kopfsalat	2,0	1,8	1,9
Gurken	0,8	0,6	0,6
Tomaten	3,3	3,4	2,2
Rettich	-	0,0	0,0
Radieschen	0,6	0,8	0,6
Sonstige Arten	0,5	0,4	0,1
Insgesamt	8,4	8,7	6,6

Der Gemüseanbau unter Glas war 1971 stark rückläufig. Hauptarten waren nach wie vor Tomaten, Kopfsalat und Kohlrabi.

Der Anbau von Erdbeeren

Erdbeeren	D 1965 - 70	1970	1971
	ha		
Vorjährige und ältere	444	443	355
Neupflanzungen im Erhebungsjahr	186	178	154

Erheblich eingeschränkt wurde 1971 auch der Erdbeeranbau. Ursache für den Rückgang dürften auch hier wie bei den meisten Industriegemüsearten die Absatzschwierigkeiten und unzureichenden Verkaufspreise sein, unter denen die hiesigen Gemüsekonservenfabriken während der letzten Jahre zu leiden hatten.

Obst

Absatzschwierigkeiten und häufig unzureichende Erzeugerlöhne haben in Verbindung mit den staatlichen Rodeprämien zu einer starken Einschränkung des Erwerbsobstbaus, der bei uns zur Hauptsache aus Apfelanlagen besteht, geführt. Die Berechnungsfläche für Äpfel im Standort I (intensiver Anbau) verringerte sich auf 1 215 ha gegenüber 1 478 ha im Vorjahr und 2 228 ha im Jahre der letzten Obstbaumzählung 1965.

Bei den übrigen Obstarten und bei Äpfeln in Haus- und Kleingärten wurden den Ernteberechnungen unverändert die Baumzahlen der Obstbaumzählung 1965 zugrundegelegt.

1971 haben die Äpfel im Erwerbsobstbau nach Angaben der Berichterstatter teilweise unter Nachfrösten während der Blütezeit und unter Trockenheit während der Ausreife gelitten. Auch nach den Ergebnissen der objektiven

Obstart	1970	1971	Veränderung in %
	Ernte in t		
Äpfel	78 492	73 214	- 7
darunter im Erwerbsobstbau	28 310	21 346	- 25
Birnen	16 726	13 856	- 17
Süßkirschen	2 940	2 712	- 8
Sauerkirschen	6 274	5 951	- 5
Pflaumen, Zwetschen	14 490	10 075	- 30
Mirabellen, Renekloden	1 881	1 542	- 18

Erntemessungen lagen die Erträge mit 176 dz/ha merklich niedriger als 1970 (192 dz/ha). Mit der kleineren Fläche errechnet sich daher eine um 25% geringere Ernte als im Vorjahr.

In den Haus- und Kleingärten dagegen wurden günstigere Erträge geschätzt als im Vorjahr.

Alle übrigen Obstarten brachten niedrigere Baumerträge und Gesamternten als 1970. Ganz besonders stark gingen die Erträge der Pflaumen und Zwetschen zurück (- 30%), aber auch die Erträge der Mirabellen, Renekloden und der Birnen blieben noch um 18% bzw. 17% unter den Vorjahreswerten.

Ausblick auf 1972

Nach den ersten vorläufigen Ergebnissen der repräsentativen Bodennutzungshaupterhebung 1972 wurde - wie bereits im Vorjahr - der Ackerbau nochmals stark auf Kosten der Grünlandwirtschaft verstärkt. Auch innerhalb des Ackerbaus ist wiederum eine starke Ausdehnung des Verkaufsfruchtanbaus festzustellen, während die Flächen der Futterfrüchte stark reduziert wurden. Diese Tendenzen sind im Östlichen Hügelland besonders stark erkennbar. In der Marsch und auf der Geest sind die Anbauverschiebungen wesentlich geringer.

Der Getreideanbau insgesamt wurde um 2% gegenüber dem Vorjahr verstärkt. Dabei haben vor allem die Wintergetreidearten an Fläche gewonnen. Allein der Winterweizen erreicht bei einer Zunahme von 25% über 100 000 ha und ist damit die verbreitetste Getreideart. Winterroggen erreichte eine Anbaufläche von 90 000 ha, 9% mehr als 1971.

Von den Aussaatflächen der Wintergerste mußte etwa ein Fünftel umgebrochen werden, so daß die verbleibenden 62 000 ha die Vorjahresfläche um 7% unterschreiten. Die Auswinterungsflächen dürften überwiegend mit Sommergerste neu bestellt worden sein, die mit gut 54 000 ha einen Flächenzuwachs von 13% gegenüber 1971 aufweist.

Die Haferanbaufläche bleibt mit rund 95 000 ha um 12% unter dem Vorjahresergebnis. Sommergetreide wurde nur noch gut 13 000 ha angebaut. Zusammengenommen übertrifft die Fläche der Brotgetreidearten die Vorjahres-

zahl um 13%, während die Fläche der Futter- und Industriegetreidearten um 7% zurückbleibt.

Nach den ersten Vorschätzungen der amtlichen Ernteberichterstätter von Ende Juni, die erfahrungsgemäß noch recht unsicher sind, dürfte unter Berücksichtigung der geschilderten Anbauflächenentwicklung eine Getreideernte von über 1,7 Mill. t zu erwarten sein. Davon werden ca. 875 000 t auf Brotgetreide- und 850 000 t auf Futtergetreidearten entfallen. Wie die vergangenen Jahre gezeigt haben, können sich von diesen Vorschätzungsergebnissen noch Abweichungen ergeben. In Abhängigkeit von der Witterung entscheiden letztlich Kornausbildung und Ernteverluste über die wirkliche Höhe der Getreideernte.

Sehr kräftig wurde nochmals der Winterrapsanbau ausgedehnt (+ 17%). Bei einer vorläufigen

Anbaufläche von 56 000 ha Winterraps, knapp 600 ha Sommerraps und Rüben und günstigen Ertragserwartungen der Berichterstätter errechnet sich eine Gesamternte von gut 150 000 t Raps und Rüben.

Von den Hackfrüchten haben lediglich die Zuckerrüben einen Flächenzuwachs zu verzeichnen, während der Kartoffelanbau nochmals um ein Zehntel eingeschränkt wurde.

Futterhackfrüchte sowie Klee, Klee gras und Gras auf dem Ackerland büßten ebenfalls erhebliche Flächen ein. Lediglich Grünmais wurde wieder stark im Anbau ausgedehnt (+ 33%) und nimmt 1972 eine beachtliche Fläche von über 10 000 ha ein.

Dr. Matthias Sievers

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht C I/C II enthalten

Kurzberichte

Telefon in Privathaushalten

Im Rahmen der letzten Volkszählung wurde erstmals danach gefragt, ob im Haushalt ein Telefonanschluß vorhanden ist. Der gegenwärtige Aufbereitungsstand des Materials gestattet es, einige Aussagen über die Verbreitung des Telefons in Privathaushalten zu machen. Anschlüsse in Behörden, Betrieben, Praxen usw. sind also nicht Gegenstand der folgenden Betrachtung.

Unter einem Privathaushalt versteht man in der Bevölkerungsstatistik jede Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und eine gemeinsame Hauswirtschaft führt. Damit ist schon gesagt, daß zum Haushalt auch familienfremde Personen gehören können. Allein wohnende und wirtschaftende Personen bilden ebenfalls einen eigenen Haushalt (Einpersonenhaushalt). Da diejenigen, die zwei Wohnsitze haben, auch zwei Haushalten zugerechnet werden können, enthält der Begriff "Bevölkerung in Privathaushalten" in der Regel Doppelzählungen. So wird ein Arbeitnehmer, der während der Woche an seinem Arbeitsort A zur Untermiete wohnt und am Wochenende zu seiner Familie nach B fährt, einmal als Einpersonenhaushalt in A und zum anderen als Mitglied des Mehrpersonenhaushalts in B erfaßt werden. Schleswig-Holstein hatte am 27. 5. 1970 2 494 000 Einwohner, während die Bevölkerung in Privathaushalten mit 2 484 000 um 10 000 "Fälle" geringer war. Das liegt im wesentlichen daran, daß die in Anstalten wohnenden Personen (Dienstpersonal und Insassen) dann nicht zur Bevölkerung in

Telefon in Privathaushalten am 27. 5. 1970
nach der Haushaltsgröße

Haushaltsgröße	Privat- haushalte in 1 000	darunter mit Telefonanschluß	
		in 1 000	in % aller Haushalte
Einpersonenhaushalte	227	46	20
männliche	58	9	15
weibliche	169	37	22
Mehrpersonenhaushalte	686	269	39
mit 2 Personen	253	86	34
" 3 "	174	69	40
" 4 "	145	64	44
" 5 und mehr Personen	114	49	43
ohne ledige Jugendliche	330	124	38
mit ledigen Jugendlichen	356	145	41
Insgesamt	913	315	35

Privathaushalten zählen, wenn sie dort keinen eigenen Haushalt führen.

Von den am Zählungstichtag ermittelten 913 000 Privathaushalten hatten gut ein Drittel Telefon. In den Einpersonenhaushalten - zum großen Teil Witwen und Witwer - ist es weit weniger verbreitet als in Mehrpersonenhaushalten. Allein wirtschaftende Männer scheinen von der Notwendigkeit eines eigenen Fernsprechanchlusses nicht so überzeugt zu sein wie Frauen, denn nur etwa jeder 7. männliche aber fast jeder 4. weibliche Einpersonenhaushalt besitzt einen Fernsprecher.

Am häufigsten findet man Telefonanschlüsse in Mehrpersonenhaushalten mit 4, 5 und mehr Mitgliedern (44 bzw. 43%). In Zweipersonen-

haushalten waren es 34% und in Dreipersonenhaushalten 40%. Insgesamt war bei den Mehrpersonenhaushalten der Anteil der Telefonbesitzer fast doppelt so hoch wie bei den Einpersonenhaushalten. Wo auch ledige Jugendliche in Haushalten leben, gibt es ebenfalls häufiger ein Telefon als in den anderen Mehrpersonenhaushalten. Da die Vorstände der Haushalte mit ledigen Jugendlichen durchschnittlich jünger sein dürften, ist das neben den geringen Anteilen der Einpersonenhaushalte ein weiteres Zeichen dafür, daß dem Telefon von älteren Menschen weniger Bedeutung beigemessen zu werden scheint als von jüngeren. Inwieweit hier Einkommensunterschiede wirken, läßt sich in diesem Zusammenhang nicht feststellen.

Von den 16 Kreisen und kreisfreien Städten zeigten sich besonders die Einwohner von Stormarn, Segeberg und Flensburg-Land diesem Kommunikationsmittel gegenüber aufgeschlossen. Dagegen waren überraschenderweise nur 28% der Neumünsteraner in privaten Haushalten fernmündlich zu erreichen.

Verglichen mit den Kreisen Stormarn, Segeberg, Flensburg-Land und Pinneberg schneiden die kreisfreien Städte wider Erwarten schlecht ab. Es ist aber zu berücksichtigen, daß in Kiel, Lübeck und Flensburg die Anteile der Einpersonenhaushalte an den Privathaushalten insgesamt zwischen 30 und 33% betragen, dagegen in den meisten anderen Kreisen nur gut 20% ausmachten und in Flensburg-Land mit 18% am niedrigsten im Lande waren. Ferner handelt es sich bei einem nicht geringen Teil der Bevölkerung der Kreise Stormarn, Segeberg und Pinneberg um ehemalige Hamburger, für die eine eigene Telefonverbindung zur Hansestadt sicher besonders reizvoll ist. Unter Berücksichtigung dieser Umstände kann man sagen, daß eine städtisch orientierte Bevölkerung eher als eine ländlich orientierte zur Anschaffung eines Telefons neigt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß neben dem Wunsche nach Besitz

Die Versorgung der Privathaushalte und ihrer Bevölkerung mit Telefon am 27. 5. 1970 nach Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Privat- haushalte		Bevölkerung in Privat- haushalten	
	in 1 000	darunter mit Telefon- anschluß in %	in 1 000	darunter mit Telefon- anschluß in %
FLENSBURG	38	37	94	41
KIEL	114	38	268	42
LÜBECK	97	35	238	39
NEUMÜNSTER	33	25	85	28
Dithmarschen	46	29	136	33
Flensburg-Land	23	40	72	46
Hzgt. Lauenburg	52	32	143	35
Nordfriesland	52	35	157	39
Ostholstein	63	29	175	33
Pinneberg	88	38	237	43
Plön	37	31	107	35
Rendsburg-Eckernförde	77	30	224	34
Schleswig	33	32	97	37
Segeberg	56	43	163	47
Steinburg	47	27	132	31
Stormarn	57	44	156	48
Schleswig-Holstein	913	35	2 484	39

eines Telefons und neben einem ausreichenden Einkommen auch die fernmeldetechnischen Voraussetzungen gegeben sein müssen. Es ist ja bekannt, daß die Nachfrage nach einem Anschluß trotz großer Anstrengungen der Bundespost in der Regel nur mit einer monatelangen Verzögerung gedeckt werden kann. Je nach Nachfrage, vorhandenen Kapazitäten und lokaler Verteilung der Investitionsmittel wird es darum regional unterschiedlich große Versorgungslücken geben. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die hier genannten Zahlen sich auf den 27. 5. 1970 beziehen. Wegen erheblicher Investitionen in den vergangenen zwei Jahren werden sich heute diese Zahlen gegenüber dem Zählungstichtag nicht unwesentlich verändert haben.

Jörg Rüdell

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	191	191	191	191	190	187	187	187	187
darunter *Arbeiter ⁹⁾	1 000	145	143	144	144	143	139	139	139	139
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	24 110	23 229	25 166	24 000	22 670	22 007	23 369	22 158	22 160
*Löhne (brutto)	Mill. DM	157,2	173,7	167,8	169,9	166,8	166,0	179,7	171,4	182,3
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	66,6	75,8	70,7	71,6	72,7	79,3	81,8	79,8	81,4
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	33	26	30	29	34	15	25	25	22
*Gasverbrauch ¹¹⁾	Mill. Ncbm	23,9	25,4	28,8	27,5	25,1	27,1	30,1	28,0	26,0
*Stadt-, Koker- und Ferngas	Mill. Ncbm	11,2	8,3	9,0	8,8	9,3	5,6	8,7	8,6	8,2
*Erd- und Erdölgas	Mill. Ncbm	12,7	17,1	19,8	18,7	15,8	21,5	21,4	19,4	17,8
*Heizölverbrauch	1 000 t	94	94	106	95	85	96	101	95	96
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	19	25	20	15	27	25	21	17
*schweres Heizöl	1 000 t	75	75	81	75	70	70	77	74	78
*Stromverbrauch	Mill. kWh	156	160	169	162	159	159	173	164	161
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	37	34	36	33	30	33	34	31	31
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹²⁾	Mill. DM	1 070	1 197	1 261	1 197	1 067	1 090	1 264	1 203	1 309
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	144	165	226	137	132	137	194	195	251
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	163	169	168	185	182	157	167	184	180
*Bergbau	1962=100	118	119	122	121	119	114	112	113	113
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	201	197	203	240	220	154	183	198	194
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	179	182	r 183	r 198	200	174	177	205	199
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	173	191	190	207	205	201	199	227	209
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	123	131	124	132	133	126	134	141	143
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	126	135	102	154	162	95	129	153	...
Handwerk (Meßziffern) ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	96	95	94	.	.	.	94	.	.
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1962=100	151	171	130	.	.	.	147	.	.
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	155	178	130	.	.	.	149	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	219	272	363	224	247	344	245	204	216
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	449	488	537	469	431	571	576	517	488
*Gaserzeugung (brutto) ¹¹⁾	Mill. Ncbm	16	18	25	19	13	30	27	21	15
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	62 480	63 049	63 361	63 792	63 834	59 971	60 864	61 469	61 750
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 238	8 713	7 329	9 605	9 582	5 861	8 353	8 528	9 589
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 414	3 766	3 102	4 107	4 128	2 865	3 773	3 862	4 152
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	964	1 258	1 264	1 492	1 438	1 053	1 390	1 323	1 540
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 616	3 484	2 789	3 789	3 828	1 882	3 091	3 236	3 718
*Löhne (brutto)	Mill. DM	66,1	78,2	59,2	81,6	87,3	53,3	77,8	81,1	96,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	7,0	8,4	7,6	7,7	7,9	8,2	8,6	8,3	8,9
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	176,7	217,3	170,6	172,8	177,0	131,0	171,1	147,0	189,5

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) einschließlich gewerblicher Lehrlinge

10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

11) umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 kcal/Ncbm

12) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

13) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
				Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	884	977	1 054	990	948	896	976	988	1 131
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	787	865	909	883	853	784	889	868	962
*umbauter Raum	1 000 cbm	911	1 096	1 290	957	1 185	1 015	949	1 131	1 467
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	115 158	157 576	175 145	133 324	187 370	152 862	148 732	177 880	231 521
*Wohnfläche	1 000 qm	174	209	241	180	212	195	170	213	287
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	181	157	168	148	152	110	104	138	141
*umbauter Raum	1 000 cbm	794	698	833	568	670	491	475	506	816
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	75 158	72 917	112 011	56 627	56 557	50 327	44 043	47 176	81 361
*Nutzfläche	1 000 qm	142	126	143	107	120	88	84	92	103
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 357	2 880	3 460	2 303	2 932	2 713	2 183	2 857	4 047
Baufertigstellungen										
Wohnungen 14)	Anzahl	1 837	2 356	866	810	971	650	1 144	1 066	1 228
Wohnräume	Anzahl	7 782	9 876	3 749	3 760	4 087	2 642	4 538	4 375	4 886
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	180,5	214,6	275,7	179,9	161,6	178,4	202,0	304,7	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	23,8	29,2	31,1	29,5	20,6	28,6	30,0	28,0	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	156,7	185,4	238,5	150,4	141,0	149,8	172,0	276,7	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	3,9	3,7	4,3	3,6	3,0	4,5	4,0	4,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	12,8	11,5	16,0	9,6	12,8	9,7	9,3	9,8	...
*Fertigwaren	Mill. DM	140,1	170,2	218,3	137,1	125,3	135,6	158,6	262,2	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	14,3	15,7	16,2	16,1	14,9	16,1	16,1	16,3	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	125,8	154,5	202,1	121,0	110,4	119,6	142,6	245,8	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	54,2	65,4	71,5	67,0	53,7	66,0	69,6	65,7	...
darunter Italien	Mill. DM	14,8	19,9	17,8	13,1	13,4	17,1	16,2	15,7	...
Niederlande	Mill. DM	18,9	21,9	23,6	22,5	16,9	24,4	29,3	26,2	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	55,3	58,6	63,8	49,6	54,1	49,8	59,7	160,6	...
darunter Dänemark	Mill. DM	11,2	17,0	24,8	14,6	20,0	13,9	16,7	17,4	...
Großbritannien	Mill. DM	12,7	12,6	7,6	7,6	6,9	8,7	11,0	113,1	...
Norwegen	Mill. DM	8,5	3,9	4,4	2,9	4,1	4,5	5,6	5,3	...
Schweden	Mill. DM	8,8	8,3	9,8	10,1	9,2	7,8	8,2	9,7	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	32 072	32 015	36 576	31 175	30 370
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 673	36 934	37 801	31 373	30 740
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
*Index der Gastgewerbeumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100
Fremdenverkehr in 135 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	189	190	91	137	207	67	110	p 127	p 201
darunter *von Auslandsgästen	1 000	20	19	10	20	22	6	12	p 17	p 18
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 514	1 546	336	529	1 076	238	437	p 557	p 1 110
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	40	19	33	38	14	23	p 32	p 35
Verkehr										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	1 329	1 263	1 221	1 266	1 276
Güterversand	1 000 t	547	540	503	510	538
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	259	253	261	267	252	195	277	228	241
*Güterversand	1 000 t	373	387	379	410	385	174	381	378	383
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 817	8 001	11 254	10 056	9 430	7 385	11 776	9 025	...
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	24	36	41	80	60	37	106	77	...
*Personenkraftwagen 15)	Anzahl	6 925	7 126	10 135	9 051	8 590	6 648	10 554	8 187	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	502	471	628	562	512	405	581	435	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 404	1 436	1 151	1 222	1 597	1 002	1 390	1 390	p 1 563
*Getötete Personen	Anzahl	74	76	53	66	80	46	77	53	p 85
*Verletzte Personen	Anzahl	1 933	1 972	1 543	1 643	2 213	1 367	1 910	1 868	p 2 066

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

15) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
				Monats- durchschnitt ^e	März	April	Mai	Febr.	März	April
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen¹⁶⁾										
*Kredite (17) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 502	17 984	16 899	17 058	17 253	18 241	18 481	18 710	19 009
darunter										
*Kredite (17) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	.	17 280	.	.	.	17 539	17 774	17 996	18 283
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	.	3 933	.	.	.	3 953	4 027	4 123	4 180
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	3 904	.	.	.	3 817	3 945	4 072	4 156
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	.	29	.	.	.	136	83	51	25
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	.	1 432	.	.	.	1 423	1 432	1 443	1 499
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	1 358	.	.	.	1 343	1 353	1 357	1 411
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	.	74	.	.	.	80	79	86	88
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	.	11 915	.	.	.	12 163	12 314	12 430	12 604
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	.	10 222	.	.	.	10 416	10 547	10 656	10 757
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	.	1 693	.	.	.	1 747	1 767	1 774	1 846
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁷⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	11 288	14 258	11 460	11 647	11 806	14 618	14 472	14 597	14 864
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	5 478	7 764	5 518	5 681	5 831	8 008	7 829	7 901	8 135
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 870	4 487	3 925	3 993	4 110	4 589	4 530	4 607	4 666
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 608	3 277	1 593	1 689	1 721	3 419	3 299	3 294	3 469
*Spareinlagen	Mill. DM	5 810	6 495	5 942	5 966	5 975	6 610	6 643	6 696	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	3 686	4 049	3 748	3 758	3 760	4 103	4 114	4 135	4 155
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	318	353	300	276	246	392	331
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	274	296	267	252	236	341	298
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	12	12	14	12	15	19	14	11	10
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1	0,7	2	-	2	2	1	-	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	449	357	367	382	424	324	307
*Wechselsumme	Mill. DM	1,136	1,064	1,020	0,947	1,828	1,078	0,772
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	224 573	266 929	297 676	175 448	202 711	245 170	348 870	209 839	252 233
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 308	186 345	240 733	105 284	130 355	147 563	275 406	124 232	172 673
*Lohnsteuer 18)	1 000 DM	97 946	126 774	86 115	93 309	128 905	132 570	103 567	108 950	155 795
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	40 050	45 774	118 538	10 265	294	11 228	140 280	16 994	8 375
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 613	1 651	1 617	180	1 472	895	2 253	1 721	914
*Körperschaftsteuer 18)	1 000 DM	12 699	12 147	34 464	1 530	272	2 871	29 306	3 433	7 589
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	72 265	80 583	56 943	70 164	72 357	97 807	73 464	85 607	79 560
*Umsatzsteuer	1 000 DM	52 564	59 882	38 793	48 154	53 318	75 008	51 688	64 037	56 764
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	19 701	20 702	18 150	22 010	19 038	22 599	21 776	21 570	22 796
*Bundessteuern	1 000 DM	84 313	90 364	120 495	100 424	96 469	93 486	109 748	133 649	132 034
*Zölle	1 000 DM	8 419	9 428	14 538	9 079	7 790	7 242	9 635	14 374	10 896
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	70 830	75 362	97 967	86 657	84 298	81 001	92 306	115 954	116 381
*Landessteuern	1 000 DM	24 387	25 763	25 537	23 409	32 235	35 849	24 408	22 197	37 177
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 607	5 272	2 694	1 410	13 187	13 280	1 520	495	13 221
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 205	14 462	16 509	15 620	13 770	13 879	16 621	16 161	17 052
*Biersteuer	1 000 DM	988	1 013	953	884	780	644	759	953	919
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	125 325 ⁺	140 471 ⁺	129 212	.	.	.	138 250	.	.
*Grundsteuer A 19)	1 000 DM	7 232 ⁺	6 949 ⁺	5 938	.	.	.	6 946	.	.
*Grundsteuer B 20)	1 000 DM	21 027 ⁺	22 200 ⁺	21 208	.	.	.	22 161	.	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 21)	1 000 DM	74 721 ⁺	86 515 ⁺	78 627	.	.	.	82 210	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	10 846 ⁺	12 259 ⁺	12 552	.	.	.	14 535	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	202 059	227 530	263 747	212 527	186 386	213 610	278 133	274 572	237 653
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	62 305	74 647	103 392	45 392	39 267	57 498	120 634	53 300	53 905
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	50 586	56 408	39 860	49 115	50 650	62 445	47 751	70 658	51 714
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 855	6 110	-	17 597	-	180	-	16 965	-
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	140 434	174 664	181 219	134 536	160 553	179 823	194 950	153 450	183 782
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	69 857	86 188	108 690	45 392	69 197	68 595	120 634	53 300	91 117
*Anteil an den Steuern vom Umsatz 22)	1 000 DM	41 334	56 603	46 992	48 138	59 122	75 199	49 908	60 988	55 488
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	4 855	6 110	-	17 597	-	180	-	16 965	-
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	147 429 ⁺	185 026 ⁺	156 655	.	.	.	147 858	.	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 23)	1 000 DM	52 182 ⁺	43 261 ⁺	42 897	.	.	.	73 760	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	44 644 ⁺	87 810 ⁺	63 174	.	.	.	18 059	.	.

Fußnoten siehe nächste Seite

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1970	1971	1971			1972			
			Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	107,2	106,7	109,7	110,4	108,9	104,3	105,6	105,4	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1962=100	116,6	121,6	121,5	122,0	121,7	123,2	123,6	123,7	...
Grundstoffpreise 24)	1962=100	104,3	105,2	105,1	105,8	105,1	106,5	107,1	107,3	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 24)	1962=100	107,5	112,5	112,0	112,4	112,4	114,4	115,0	115,3	115,5
landwirtschaftlicher Produkte 24)	1961/63=100	106,2 ^f	98,1 ^g	98,0	98,2	98,2	108,3 ^p	108,0 ^p	108,3 ^p	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 25)										
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 24)	1962/63=100	105,8 ^f	110,8 ^g	112,6	112,7	113,8	117,1	117,9	118,3	...
Einzelhandelspreise	1962=100	112,5	118,0	117,0	117,5	117,8	121,7	122,3	122,5	122,7
*Preisindex für die Lebenshaltung 26)										
darunter für	1962=100	123,7	130,4	128,7	129,3	129,9	135,0	135,6	135,9	136,5
*Nahrungs- und Genußmittel	1962=100	117,4	122,6	121,1	122,0	122,7	126,6	127,1	127,4	128,4
Kleidung, Schuhe	1962=100	118,0	125,2	123,4	123,9	124,4	130,4	131,2	131,7	132,1
Wohnungsmieten	1962=100	168,5	178,5	175,7	176,9	177,4	184,3	185,5	186,0	186,5
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1962=100	124,4	131,0	130,6	129,4	128,8	138,9	138,9	137,5	137,3
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1962=100	114,1	120,6	118,8	119,2	119,8	124,5	125,0	125,3	125,5
Löhne und Gehälter 27)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	297	337	.	320	.	.	.	365	.
darunter *Facharbeiter	DM	318	359	.	342	.	.	.	385	.
*weibliche Arbeiter	DM	178	198	.	193	.	.	.	214	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	173	193	.	187	.	.	.	207	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	6,55	7,48	.	7,21	.	.	.	8,19	.
darunter *Facharbeiter	DM	6,98	7,94	.	7,68	.	.	.	8,70	.
*weibliche Arbeiter	DM	4,32	4,83	.	4,70	.	.	.	5,27	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	4,17	4,68	.	4,57	.	.	.	5,12	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	45,3	45,0	.	44,3	.	.	.	44,5	.
weibliche Arbeiter	Std.	41,2	41,0	.	40,9	.	.	.	40,5	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	41,3	40,0	.	38,9	.	.	.	40,4	.
weibliche Arbeiter	Std.	36,8	35,0	.	35,2	.	.	.	36,6	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 453	1 638	.	1 615	.	.	.	1 763	.
*weiblich	DM	946	1 076	.	1 050	.	.	.	1 178	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 579	1 765	.	1 738	.	.	.	1 835	.
*weiblich	DM	966	1 088	.	1 050	.	.	.	1 197	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 270	1 412	.	1 406	.	.	.	1 509	.
*weiblich	DM	795	884	.	885	.	.	.	924	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 437	1 598	.	1 603	.	.	.	1 624	.
weiblich	DM	(911)	(991)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 329	1 484	.	1 473	.	.	.	1 589	.
weiblich	DM	839	938	.	933	.	.	.	993	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 572	1 755	.	1 730	.	.	.	1 869	.
weiblich	DM	965	1 085	.	1 043	.	.	.	1 190	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

i) - Vierteljahresdurchschnitt

16) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

17) einschließlich durchlaufender Kredite

18) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

19) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

20) einschließl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

21) Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen

22) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. 8. 1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30. 1. 1970

23) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

24) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

25) nur Neubau

26) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit - 1962 - rund 750 DM monatlicher Lebenshaltungsausgaben

27) Effektivverdienste

c) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31. 12.

f) Wirtschaftsjahr 1969/70 (Juli-Juni)

g) Wirtschaftsjahr 1970/71 (Juli-Juni)

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahresmittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
	in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			in 1 000		in 1 000				
1967	2 487	8,1	18,2	11,9	16	11	971	119	358	213	280
1968	2 515	7,9	17,4	12,8	12	17	979	118	375	208	278
1969	2 545	7,5	15,9	12,8	8	21	992	117	373	214	288
1970	2 494 ^{a)}	r 7,5	r 14,1	r 13,2	2	24	1 003	115	386	215	286
1971	2 529	7,0	13,3	12,6	2	31	997	110	377	216	293

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen ²⁾			
	Schüler am 15. 10.			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt			Netto- inlands- produkt
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen und Realschul- züge	Gymnasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962	
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %		in Mill. DM
	in 1 000			in 1 000				in 1 000		in Mill. DM	
1967	221	44	43	22	46	23	9	17 068	3,6	14 650	.
1968	228	46	46	22	45	24	9	18 501	8,4	15 554	.
1969	236	49	49	21	45	24	10	20 061	8,5	16 217	.
1970	249	51	50	23	42	24	11	22 371	11,4	16 937	.
1971	25 095	12,2	17 697	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾									
	in 1 000				in 1 000		in 1 000				
1967	1 395	513	1 752	5 035	418	2 506	2 139	4 188	1 407	515	533
1968	1 410	519	1 868	4 825	417	2 641	2 183	4 256	1 608	396	535
1969	1 430	518	1 680	4 966	418	2 679	2 210	4 262	1 511	260	487
1970	1 407	496	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565
1971	1 364	482	1 667	4 946	477	2 848	2 085	4 297	1 698	322	596

Jahr	Industrie ⁶⁾										Bau- haupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Millionen	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁷⁾		Energieverbrauch				Produktions- index 9) 1962=100
	ins- gesamt	Arbeiter				Bruttosumme in Mill. DM	ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 8)	Heizöl		
	in 1 000		in 1 000 t									
	1967	171	132	253	1 230	524	9 850	1 289	r 516	952	791	127
1968	175	134	264	1 344	583	10 418	1 549	482	968	780	140	63
1969	184	141	278	1 550	674	11 797	1 883	490	1 058	842	157	63
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	r 163	64
1971	191	143	279	2 085	909	14 365	1 975	312	1 144	895	p 169	64

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen

3) einschließlich Ammen- und Mutterkühe

5) gewerbliche und Hauschlachtungen, einschließlich des übergebielichen Versandes, ohne übergebielichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriebereichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

7) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und seit 1968 ohne Umsatzsteuer

8) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

9) arbeitstäglich

10) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger

a) Ergebnis der Volkszählung vom 27. 5. 1970

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 29. Februar 1972			Bevölkerungsveränderung im Februar 1972			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1972	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
		in %						
FLENSBURG	94 889	- 0,1	- 0,6	- 26	- 43	- 69	24 855	22 548
KIEL	269 509	+ 0,1	- 0,7	- 80	417	337	71 457	64 803
LÜBECK	239 357	- 0,0	- 0,2	- 64	44	- 20	58 672	52 324
NEUMÜNSTER	86 326	+ 0,0	+ 0,3	- 11	31	20	23 979	21 344
Dithmarschen	133 413	- 0,1	- 0,4	- 24	- 90	- 114	43 298	33 241
Flensburg-Land	73 885	+ 0,0	+ 1,8	9	17	26	27 092	20 746
Hzgt. Lauenburg	146 145	+ 0,4	+ 1,7	- 35	613	578	43 329	35 995
Nordfriesland	159 644	- 0,1	+ 1,3	3	- 96	- 93	54 044	42 350
Ostholstein	181 878	- 0,1	+ 2,2	- 64	- 29	- 93	55 714	45 424
Pinneberg	247 151	+ 0,1	+ 2,3	11	276	287	72 878	63 294
Plön	109 861	+ 0,1	+ 1,8	20	69	89	36 294	29 162
Rendsburg-Eckernförde	228 341	+ 0,1	+ 1,4	- 30	150	120	71 277	56 922
Schleswig	101 117	- 0,0	+ 0,7	- 31	9	- 22	32 916	25 535
Segeberg	176 623	+ 0,3	+ 4,2	- 2	504	502	64 662	53 438
Steinburg	132 943	- 0,1	+ 0,3	- 64	- 17	- 81	40 877	32 609
Stormarn	163 732	- 0,1	+ 2,4	- 19	- 84	- 103	51 446	44 088
Schleswig-Holstein	2 544 814	+ 0,1	+ 1,2	- 407	1 771	1 364	772 790	643 823

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Mai 1972 (vorläufige Zahlen)			
	Betriebe am 30. 4. 1972	Beschäftigte am 30. April 1972		Umsatz ⁴⁾ im April 1972 in MIL. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
		Anzahl	je 1 000 Einwohner				
FLENSBURG	69	8 303	88	61	49	2	56
KIEL	144	31 945	119	120	139	2	179
LÜBECK	147	29 559	123	134	131	3	148
NEUMÜNSTER	75	10 638	123	44	74	2	93
Dithmarschen	61	6 086	46	98	93	6	129
Flensburg-Land	31	966	13	8	27	1	40
Hzgt. Lauenburg	98	9 429	65	46	94	3	127
Nordfriesland	43	2 510	16	32	100	2	131
Ostholstein	74	5 882	32	38	129	7	166
Pinneberg	229	24 335	98	148	144	12	180
Plön	44	2 643	24	16	78	11	100
Rendsburg-Eckernförde	127	11 683	51	83	151	6	230
Schleswig	37	3 457	34	44	56	4	77
Segeberg	170	13 576	77	93	118	8	164
Steinburg	92	10 876	82	87	75	9	99
Stormarn	122	15 479	95	153	105	7	147
Schleswig-Holstein	1 563	187 367	74	1 203	1 563	85	2 066

1) nach dem Gebietsstand vom 29. 2. 1972

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. Dezember 1971			Offene Stellen am 30. 4. 1972 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31. 3. 1972 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im April 1972			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 3. 1972	Rindvieh am 2. 12. 1971	
		VZ 1961	Vor- jahres- quartal							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 543	+ 9,7	+ 1,3	21	32	228	92,7	15,9	1 691	1 364	477
Hamburg	1 782	- 2,8	- 0,7	19	66	2	95,0	13,8	16	16	4
Niedersachsen	7 181	+ 8,1	+ 0,8	52	132	468	90,9	15,7	5 876	2 708	992
Bremen	726	+ 2,8	+ 0,5	7	18	2	84,4	15,2	8	16	5
Nordrhein-Westfalen	17 138	+ 7,8	+ 0,8	151	634	297	93,6	14,1	4 296	1 839	702
Hessen	5 490	+ 14,0	+ 1,2	54	266	124	79,3	12,4	1 325	883	334
Rheinland-Pfalz	3 679	+ 7,6	+ 0,5	28	72	85	82,5	11,2	706	686	252
Baden-Württemberg	9 055	+ 16,7	+ 1,1	100	535	205	77,6	9,5	2 116	1 788	718
Bayern	10 691	+ 12,4	+ 1,2	101	357	558	80,8	9,8	4 144	4 264	1 901
Saarland	1 122	+ 4,6	+ 0,1	5	29	10	80,0	12,2	74	73	28
Berlin (West)	2 084	- 5,2	- 1,5	17	75	0	24,7	14,6	.	2	1
Bundesgebiet	61 489	+ 9,5	+ 0,8	555	2 216	1 980	86,2	12,2	20 252	13 638	5 414

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Februar 1972			
	Beschäftigte am 31. 3. 1972		Umsatz ²⁾ im März 1972		Produktions- index 3) 1962=100 im März 1972	Beschäftigte am 29. 2. 1972		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
	Schleswig-Holstein	187	74	1 264	15	167	60	24	2 713	10,7	650
Hamburg	200	113	1 835	19	127	43	24	1 232	6,9	630	3,5
Niedersachsen	778	108	5 097	21	149	167	23	5 518	7,7	2 926	4,1
Bremen	99	134	848	13	204	21	29	554	7,6	273	3,8
Nordrhein-Westfalen	2 618	153	16 751	20	151	372	22	10 272	6,0	5 519	3,2
Hessen	737	134	4 139	22	170	134	24	6 321	11,5	951	1,7
Rheinland-Pfalz	404	110	2 931	23	248	85	23	2 625	7,1	1 800	4,9
Baden-Württemberg	1 560	172	8 832	21	171	218	24	10 100	11,2	3 677	4,1
Bayern	1 363	128	7 499	20	164	266	25	10 043	9,4	3 680	3,4
Saarland	170	151	805	29	180	21	19	729	6,5	196	1,7
Berlin (West)	242	116	1 441	10	145	41	20	662	3,2	1 274	6,1
Bundesgebiet	8 359	136	51 441	20	163	1 428	23	50 769	8,3	21 576	3,5

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Januar 1972		Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im März 1972				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 29. 2. 1972 in DM. je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des	des	der
								Landes	Bundes	Gemeinden
								im 1. Vierteljahr 1972		
in 1 000						in DM je Einwohner				
Schleswig-Holstein	773	644	1 390	77	1 910	143	2 599	225	286	...
Hamburg	513	465	1 092	25	1 461	136	4 947	406	1 648	...
Niedersachsen	2 160	1 781	3 641	237	5 072	146	3 186	225	230	...
Bremen	204	183	337	5	392	118	3 760	302	1 008	...
Nordrhein-Westfalen	4 733	4 178	8 615	311	11 736	140	3 715	264	377	...
Hessen	1 747	1 489	3 075	139	4 387	147	4 103	283	395	...
Rheinland-Pfalz	1 132	919	1 862	92	2 657	148	3 342	222	281	...
Baden-Württemberg	2 854	2 381	4 043	204	5 807	149	3 856	275	380	...
Bayern	3 434	2 703	5 195	275	7 336	147	3 849	238	289	...
Saarland	300	263	577	32	839	151	3 074	222	247	...
Berlin (West)	483	437	1 149	37	1 390	124	3 091	187	478	...
Bundesgebiet	18 408 ⁿ⁾	15 476 ⁿ⁾	30 976	1 434	42 987	143	3 667	255	384	...

^{e)} An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten, ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) einschließlich Kombinationskraftwagen

5) ohne Postsparanlagen

6) ohne Bundespost und Bundesbahn

7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

a) einschließlich Bundespost und Bundesbahn; 75 703 Kfz und 32 469 Pkw

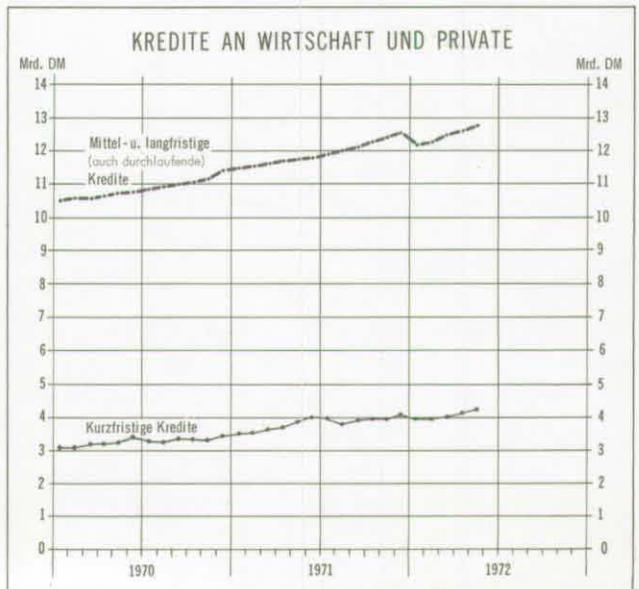
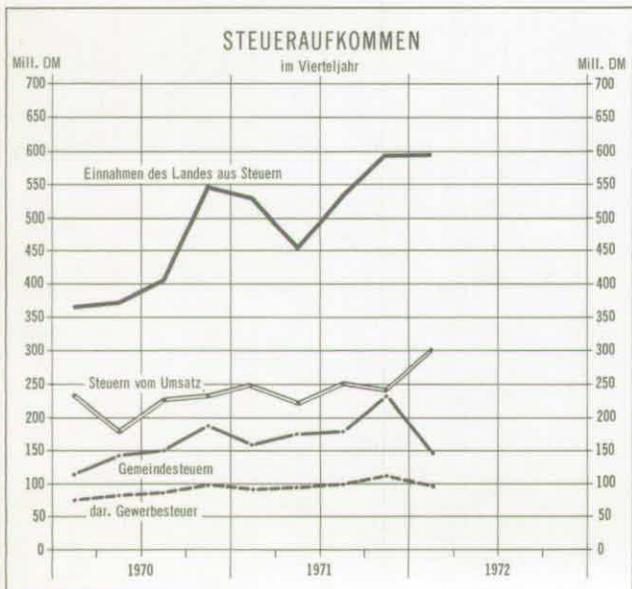
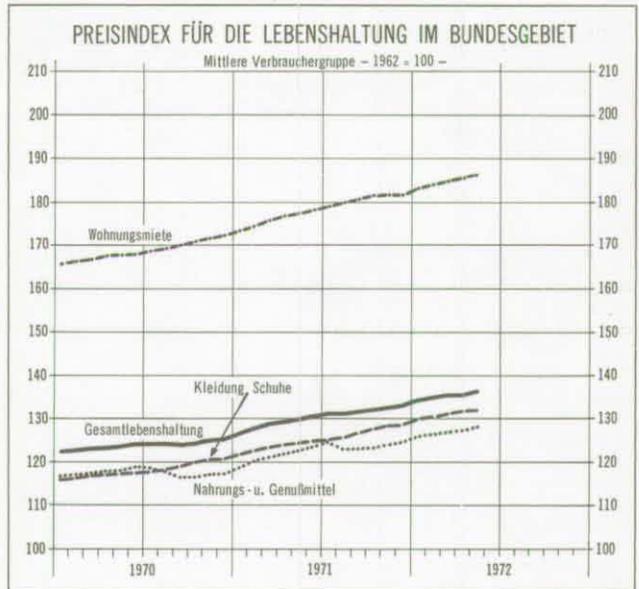
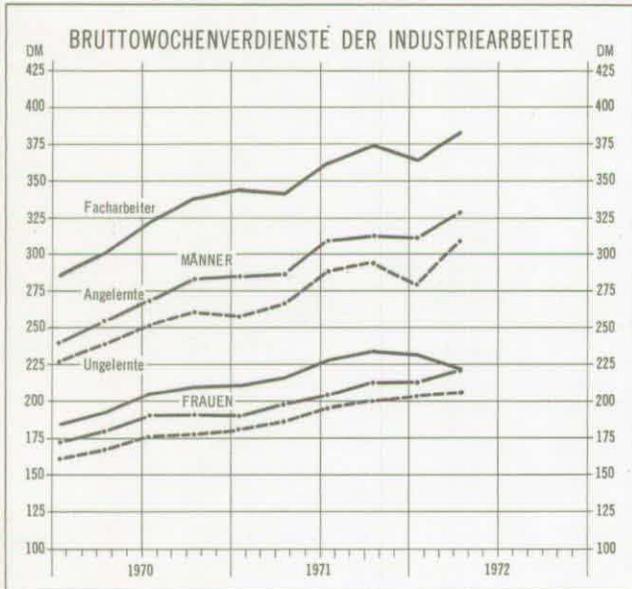
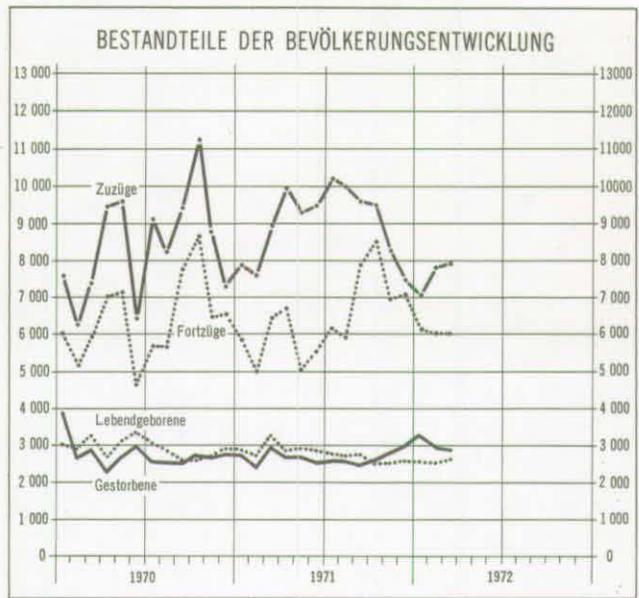
Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

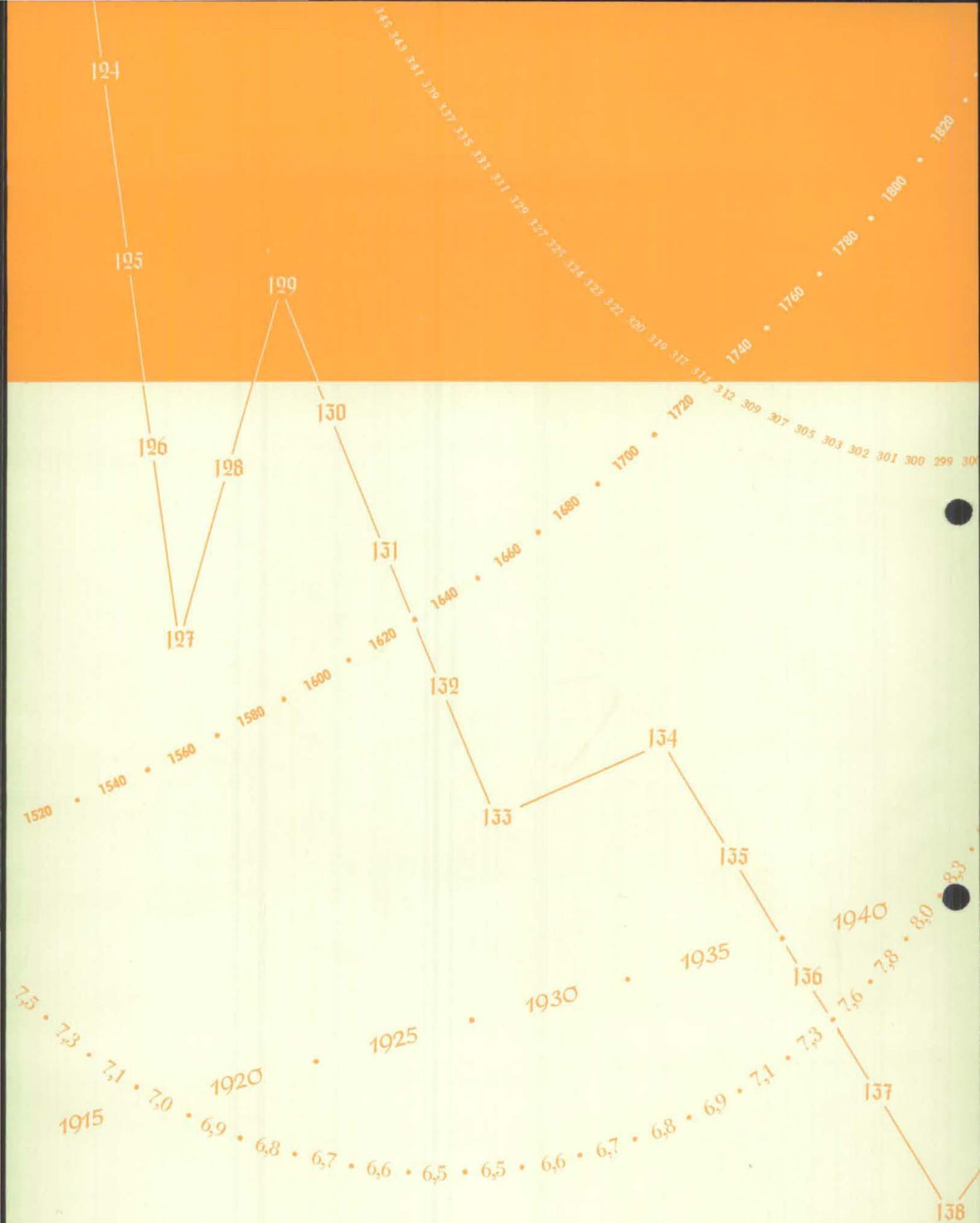
Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Altersaufbau der Bevölkerung	1/10
Bevölkerungsentwicklung (Volkszählungen)	2/27
Bevölkerungsvorausschätzung (Teil 2)	1/22
Religionszugehörigkeit der Bevölkerung	5/95
Volkszählung und Fortschreibung	4/70
 Rechtspflege und öffentliche Sicherheit	
Rechtspflegestatistiken	6/138
 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Gemüseanbau	3/65
Landwirtschaftliche Betriebe 1960 und 1971	1/2
 Unternehmen und Arbeitsstätten	
Kapitalgesellschaften	5/116
Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 1970	6/119
 Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohngeld 1970	5/114
Wohnungen in Land und Bund	2/34
Wohnungsmieten	1/5
 Handel und Gastgewerbe	
Außenhandel	6/134
 Verkehr	
Nord-Ostsee-Kanal 1971	5/106
 Öffentliche Finanzen	
Einkünfte in freien Berufen	5/111
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 1)	3/57
Personalstruktur öffentlicher Dienst (Teil 2)	5/98
Schichtung der Einkommensteuerpflichtigen	4/88
Umsätze 1970	3/50
 Versorgung und Verbrauch	
Essen außer Haus	1/17
Langlebige Gebrauchsgüter in den Haushalten	2/40
Vermögen der Haushalte	4/76
 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Bruttoinlandsprodukt 1960—71	6/129

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt, Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen